Programm der KPD/ML (Entwurf) erschienen

Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 47 vom 19. November 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

30 000 im Kampf gegen das KKW Brokdorf

"Wir kommen wieder!"

„Wir kommen wieder! Wir kommen wieder!" – riefen drohend Tausende und Abertausende Demonstranten, als sie schließlich, nach mehrstündigem Kampf mit einem Aufgebot von 5 000 Polizisten, sich geordnet zurückzogen. Wenn auch der Bauplatz des Kernkraftwerks nicht besetzt werden konnte, so war dieser Kampf dennoch ein großer Erfolg: Die Demonstranten hatten der Landesregierung und ihren Truppen, sie hatten dem kapitalistischen Staat gezeigt, daß sie sich in ihrem gerechten Kampf nicht einschüchtern lassen. Trotz der Drohungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung, trotz des gewaltigen Aufgebots von Polizei und Bundesgrenzschutztruppen waren über 30 000 Menschen aus der Umgegend und aus vielen Städten nach Brokdorf gekommen und hatten den Kampf gegen den Bau des Atomkraftwerks fortgesetzt. An der Spitze der Kampfaktionen wehte im Wind die Fahne der Partei, mit Hammer, Sichel und Gewehr. Sie zeigte, daß die KPD/ML die Brokdorfer in ihrem Kampf mit allen Kräften und an vorderster Front unterstützte.

Die Bourgeoisie hatte gehofft, durch ihre Drohungen die Kampfdemonstration verhindern zu können. Sie machte nicht den geringsten Hehl daraus, daß brutal gegen die Massen vorgegangen werden sollte: Aus dem ganzen Bundesgebiet wurden Polizei-Hundertschaften mit über 20 Wasserwerfern und vielen Panzerwagen zusammengezogen und in Lagern, ja sogar in den Schulen der Umgegend einquartiert. In der Nacht vor der Demonstration durchsuchten Polizeistaffeln mit Hunden die umliegenden Höfe und beschlagnahmten alles, was nach Brettern, Holzbohlen usw. aussah. Am Tag der Demonstration wurde dann im Morgennebel die Wilstermarsch um Brokdorf in einem Umkreis von 8 km systematisch von Polizei abgeriegelt. Straßensperren wurden errichtet, wobei sogar Nagelbretter ausgelegt wurden, um Autos ein Durchbrechen der Sperren unmöglich zu machen. Über Rundfunk wurde bekanntgegeben, daß Brokdorf nur durch einen zweistündigen Fußmarsch zu erreichen sei.

Doch die Demonstranten, die nach Brokdorf wollten, ließen sich dadurch nicht abhalten. Seit den Vormittagsstunden trafen stündlich Tausende ein. Oftmals durchbrachen sie, als Trupps formiert, einfach die Polizeiabsperrungen, so daß die Polizei nicht mehr in der Lage war, jeden einzelnen auf Werkzeuge und Verteidigungswaffen zu durchsuchen.



An der Spitze der 30 000 Demonstranten kämpften unter den Fahnen der Partei die Genossen mutig, um eine Bresche in die Festung der Polizeitruppen zu schlagen.

Der Bauplatz selbst glich einem KZ. Die Polizeitruppen hatten sich hinter einem bis zu acht Meter breiten Wassergraben, mehreren Lagen des rasiermesserscharfen Nato-Stacheldrahtes, einem drei Meter hohen Zaun aus Baustahlgitter, gekrönt mit Stacheldraht, und nochmals mehreren Lagen Nato-Stacheldraht verschanzt.

Die größte Zahl der Demonstranten sammelte sich am Haupttor des Bauplatzes. Dort bezog auch die Partei Stellung, um den Kampf aufzunehmen. Nachdem eine Großkundgebung der Bürgerinitiative, die in einiger Entfernung vom Bauplatz veranstaltet wurde, beendet war, strömten noch mehr Menschen an diesen Ort. Die Polizei begann sogleich einen Angriff, um die über 20 000 Demonstranten auseinanderzutreiben: Polizeihubschrauber schossen aus der Luft Tränengasgranaten und Rauchbomben ab. Doch die Menschenmengen wichen nicht von der Stelle. Der Kampf begann.

30 000 Kommunisten?

Die Landesregierung wie auch die bürgerliche Presse hetzte hinterher über diesen Kampf: Das sei allein ein vorbereitetes „Komplott der Kommunisten" gewesen. Doch der Zweck dieser Hetze ist offenbar: Der Bevölkerung soll weitgehend verschwiegen werden, daß es Tausende Werktätige waren, die hier gegenüber dem Terror der Polizei sich zur Wehr setzten und gewaltsam den Bauplatz zu besetzen versuchten.

Natürlich waren dort auch Kommunisten. Unsere Partei hat dort Seite an Seite mit der Bevölkerung, mit Arbeitern und Bauern der Um-

Fortsetzung auf Seite 5, Sp. 1

Delegation der KPD/ML vom 7. Parteitag der PAA zurückgekehrt



Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens.

Nach der erfolgreichen Beendigung des 7. Parteitages der Partei der Arbeit Albaniens ist vor wenigen Tagen die Delegation der KPD/ML, die unter der Leitung des Genossen Ernst Aust auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens am 7. Parteitag teilnahm, aus der Volksrepublik Albanien zurückgekehrt. Auf Seite 10 dieser Ausgabe des „Roten Morgen" drucken wir einen Bericht von Genossen der Delegation über ihre Eindrücke vom 7. Parteitag ab.

Die Rede des Genossen Enver Hoxha, dem 1. Sekretär der Partei der Arbeit Albaniens, vor dem 7. Parteitag, die wir auszugsweise im letzten „Roten Morgen" veröffentlichten, hat überall unter den Genossen und Freunden der Partei große Begeisterung hervorgerufen. Inzwischen haben bereits an vielen Orten Veranstaltungen der Partei stattgefunden, auf denen über den 7. Parteitag und die für alle Marxisten-Leninisten außerordentlich wichtige Rede des Genossen Enver Hoxha berichtet wurde. Am 21. November wird vom Landesverband Nordrhein-Westfalen eine Großveranstaltung aus Anlaß des 7. Parteitages stattfinden, auf der Genossin Karin Wagner, die als Redakteur des „Roten Morgen" vom Zentralorgan der PAA, „Zeri i Popullit", zur Teilnahme am 7. Parteitag eingeladen worden war, über den Parteitag berichten wird.

Grossveranstaltung

des Landesverbandes NRW der KPD/ML

zum 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Bericht der Delegation vom 7. Parteitag

anschließend

Vorstellung des Programmentwurfs der KPD/ML

Sonntag, 21. 11. 76, 16 Uhr, Parkhaus Barop, Dortmund-Barop, Stockumer Str.

AUS DEM INHALT

Carter - neuer Häuptling des USA-Imperialismus 2
Gemeinsame Erklärung der KP Argentiniens/ML und der KPD/ML . . 3
HDW Kiel: Klage der Roten Betriebsräte abgewiesen 4
Roter Antikriegstagskämpfer soll ins Gefängnis - Kollegen wählten ihn zum Betriebsrat 4
Berufungsprozeß gegen den Roten Morgen. Je 3 Tage Ordnungshaft gegen die Genossen 7
10 Monate ohne Bewährung gegen die Rote Hilfe Deutschlands 7
Bürgerliche Hetze gegen den 7. Parteitag der PAA 8
Hetze der GRF gegen Genossen Ernst Aust 8
Schlußrede des Genossen Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA 10
Eindrücke über den 7. Parteitag der PAA 11

Wegen militärischer Unterstützung des Vorster-Regimes

Bonn vor der UNO als Waffenhändler verurteilt

Daß die Bundesrepublik expansionistisch und hegemonistisch ist, hat sich in der letzten Woche wieder einmal offenkundig bewiesen. In der UN-Vollversammlung wurde mit 110 gegen acht Stimmen (bei 20 Enthaltungen) eine gegen die südafrikanische Rassenpolitik gerichtete Resolution verabschiedet, in der die USA, Frankreich, die Bundesrepublik, Israel und Großbritannien als Waffenlieferanten Südafrikas getadelt werden.

Natürlich konnten sich die Sprecher der Bundesregierung nicht schnell genug von solchen Waffenlieferungen distanzieren. Was aber die 110 Staaten verurteilten – gegen die fast ausschließlich nur die Beschuldigten stimmten – ist nicht aus der Luft gegriffen. Die Interessen der DBR am Vorster-Regime, das sie dieses Jahr sogar freundschaftlich einluden, sind offensichtlich. Nicht nur, daß sie von Südafrika wichtige Bodenschätze wie Chrom, Uran, Gold usw. beziehen, für deren Förderung die Afrikaner wie Sklaven schuften müssen, sondern sie sind mit Kapital und mit über 500 Betrieben selbst direkt an der Ausbeutung der afrikanischen Völker beteiligt. Es sind dort Niederlassungen aller großen westdeutschen Monopole wie Bayer Leverkusen, Hoesch, Krupp, Thyssen, VW usw. Wer könnte ihre Millionenprofite besser absichern, als das Rassisten-Regime mit seiner grausamen Ausbeutung und Unterdrückung der afrikanischen Völker? Das ist natürlich ein Grund, das Vorster-Regime auf alle erdenkliche Weise zu unterstützen und zu stützen. Diese Hilfe hat das Vorster-Regime auch bitter nötig, denn es steht auf morschem Grund und der revolutionäre Ansturm der afrikanischen Völker, ihr bewaffneter Volkskrieg wird es über kurz oder lang stürzen. Es geht also den einen um die Existenz und den westdeutschen Imperialisten um ihre Millionenprofite in Südafrika, für deren Sicherung sie beispielsweise 300 Leopardpanzer und Luftabwehrraketen springen ließen und sogar Verfahren und Anlagen zur Herstellung von Atomwaffen. Das zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten zu jedem Verbrechen an den Völkern von Azania und Namibia bereit sind, wenn es um ihre neokolonialistischen Interessen geht. Aber es ist sicher, daß sie diese Verbrechen bezahlen müssen, wenn das Vorster-Regime gestürzt wird und seine Hintermänner, die US-Imperialisten, die westdeutschen und anderen Imperialisten aus dem Land gejagt werden.

Diese 110 Stimmen gegen den westdeutschen Imperialismus in der UNO hatten aber noch ein bezeichnendes Nachspiel. Dänemark hat im Gegensatz zu allen anderen EG-Staaten der Verurteilungsresolution zugestimmt. Was folgte darauf? Gleich nach der Abstimmung stieß ein EG-Delegierter eine offene Drohung aus: „Dänemark wird sich entscheiden müssen, ob es mit uns oder den nordischen Staaten zusammenarbeiten will. Wir haben die Nase voll davon." Was kann deutlicher den wahren Charakter der EG enthüllen, die sich als ein Zusammenschluß zum wirtschaftlichen und politischen Wohle aller beteiligten europäischen Staaten ausgibt und sich den Anschein gibt, gegenüber den Supermächten eine „unabhängige, europäische Politik" zu betreiben.

Gehen wir von unserem Fall aus. Was macht er anderes deutlich, als daß die EG selbst eine neokolonialistische Großmacht ist, die einerseits in Konkurrenz zu den Supermächten die Entwicklungsländer ausbeutet und versucht, die Privilegien der alten Kolonialmächte in diesen Ländern zu erhalten und zurückzugewinnen. Die auf der anderen Seite eine direkte Stütze des US-Imperialismus ist, der in Südafrika ebenfalls neokolonialistische Interessen zu verteidigen hat. Die Drohung gegen Dänemark macht deutlich, daß die EG nicht nur ein imperialistischer Zusammenschluß gegen die Arbeiter und Werktätigen in den EG-Staaten und gegen die Entwicklungsländer ist, sondern daß in ihr die Großen das Sagen haben, sprich Frankreich, Großbritannien und vorneweg die Bundesrepublik als treuer Juniorpartner der USA. In der EG herrscht alles andere als Gleichberechtigung, es herrscht das Gesetz des Imperialismus, wobei der Stärkere dem Schwächeren seine Politik aufzwingen und vorschreiben will. Und wenn er nicht spurt, wird gedroht und erpreßt. Die spärlichen Gegenstimmen, die Erpressungsmanöver machen jedoch deutlich, wie isoliert diese neokolonialistischen Imperialisten heute schon sind und daß ihre Politik auf Widerstand stößt.

Kurz berichtet

WESTBERLIN

An der Technischen Hochschule Westberlin erschien jetzt für die Maschinenbaufachbereiche die erste Nummer der „Roten Welle". Unter der Überschrift „Für das revolutionäre Bündnis mit der Arbeiterklasse" geht die Zeitung auf die Ziele der KPD/ML ein, darauf, daß auch für die fortschrittlichen Studenten die einzige Perspektive im Sozialismus liegt und sie das nur erreichen können, wenn sie unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei kämpfen.



BREMEN

Am 4. 11. versammelten sich in Bremen etwa 30 Genossen zu einer kleinen Feier anläßlich des bedeutsamen 7. Parteitags der PAA. Sie hörten Teile der richtungsweisenden Rede des Genossen Enver Hoxha. Die Genossen schreiben: „Die Prinzipienfestigkeit, die Klarheit und Einfachheit, mit der er die komplizierte Situation auf der Welt analysierte und die Haltung der Marxisten-Leninisten dazu erläuterte, hat uns sehr beeindruckt. Sicherlich wird das Studium dieser Rede uns helfen, den Kampf gegen Revisionismus und Opportunismus noch entschiedener zu führen."

RÜSSELSHEIM

Am 8. 11. fand in Rüsselsheim eine Veranstaltung zum 35. Jahrestag der Gründung der PAA und zu ihrem 7. Parteitag statt. Hervorzuheben ist die große Begeisterung, mit der die anwesenden Kollegen und Genossen der Rede des Genossen folgten. Vor allem als ausführliche Stellen aus dem Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha verlesen wurden, wurde die Rede mit Parolen wie „Es lebe der Genosse Enver Hoxha!" und „Es lebe die Partei der Arbeit Albaniens" unterbrochen. Auf der Veranstaltung wurde auch der Programmentwurf unserer Partei vorgestellt und mit viel Beifall gefeiert.

WESTBERLIN

Die KSB/ML-Zelle an der PH Westberlin führte am 11. 11. eine Veranstaltung anläßlich des 7. Parteitags der PAA durch, zu der 37 Kommilitonen kamen. Neben einem Dia-Vortrag wurden Teile aus dem Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha vorgestellt, teilweise Bandaufnahmen von Radio Tirana. Vor der Veranstaltung hatten die Genossen schon zweimal dreistündige Albanien-Ausstellungen durchgeführt. Insgesamt verkauften sie dabei für ca. 80 DM Literatur und warben ein Abo für die Radio-Tirana-Hefte.

BOCHUM

Hier fand am 14. 11. ebenfalls eine Albanien-Veranstaltung mit etwa 90 Besuchern statt. Mit großem Beifall wurden die vorgelesenen Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht Genossen Enver Hoxhas aufgenommen. Besonders waren die Besucher noch begeistert über den Bericht Karin Wagners, die ihre Eindrücke vom Parteitag schilderte. In vielen anderen Städten fanden ebenfalls Feiern und Veranstaltungen zum 7. Parteitag statt, die die Freude und Begeisterung der Genossen darüber zum Ausdruck brachten.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei

Carter - neuer Häuptling der US-Imperialisten

"Wir sind zum Führer der Welt berufen"

Der neue Häuptling des USA-Imperialismus heißt James Earl Carter. In der amerikanischen Präsidentschaftswahl vom 2. November siegte „der Erdnußfarmer" mit 51% der Stimmen knapp gegenüber dem bisherigen Präsidenten Ford, der nur 48% der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen konnte. Die Wahlbeteiligung, die von der bürgerlichen Presse als „überraschend stark" gelobt wurde, lag bei ca. 53% der Wahlberechtigten. Von 150 Millionen wahlberechtigten amerikanischen Staatsangehörigen beteiligten sich nur 80 Millionen an der Wahl.

Diese extrem niedrige Wahlbeteiligung zeigt, was ein großer Teil der ausgebeuteten und unterdrückten Massen in den USA von der vielgerühmten amerikanischen „Demokratie" hält: nämlich gar nichts. Millionen Arbeiter und kleine Angestellte, Farbige und Weiße in den USA glauben nicht mehr daran, daß sich an ihrer Lage, an Arbeitslosigkeit, zunehmender Verelendung, an Unterdrückung und Rassendiskriminierung durch Wahlen etwas ändert.

Ein abstoßender Stil prägte auch diesen Wahlkampf in den USA: Geschmacklose Showveranstaltungen mit schwachsinnigen Slogans bestimmten die Szene. In widerlicher, teilweise grotesker und lächerlicher Art versuchte man die Favoriten „an den Mann zu bringen". So baute man bei Carter das Image eines Menschen auf, der gleichzeitig ein „frommer Diener Gottes" mit einer „sauberen Seele" und „eine moderne, weltoffen und liberal eingestellte Persönlichkeit" ist. Aus solcher „Imagepflege" entsprangen dann „Selbstenthüllungen" Carters wie z.B.: „Im Geiste habe ich schon oft Ehebruch begangen." All diese Erscheinungen des amerikanischen Wahlrummels spiegeln die Verkommenheit der amerikanischen Bourgeoisie, die Verrottung und Fäulnis ihres imperialistischen Herrschaftssystems wider.

Carter und die Werbeexperten, die für ihn arbeiten, versuchten den Menschen auch weiszumachen, Carter sei ein „Freund der Armen", er sei gegen Ungerechtigkeit, Armut, Rassendiskriminierung usw., Carter verbreitete sich auch darüber, daß er für „Ethik und Moral" in der Außenpolitik der USA eintreten wolle. Um sich als „Entspannungspolitiker" und „Mann des Friedens und der Vernunft" verkaufen zu können, machte Carter die in der Presse hochgespielte Äußerung, im Falle eines Angriffs der Sowjetunion auf Jugoslawien sehe er keine Veranlassung für ein Eingreifen der USA. Allerdings war die Wahl noch kaum gelaufen, als Carter diese Äußerung bereits „zurechtrücken" ließ, so sei es ja gar nicht gemeint gewesen...

Bezeichnend ist, daß westeuropäische revisionistische Führer wie z.B. Berlinguer diese Propaganda ausnutzten, um unter den europäischen Völkern Entspannungsillusionen zu nähren und um den äußerst räuberischen Charakter des amerikanischen Imperialismus, seine Aggressivität und Gefährlichkeit zu verschleiern und zu verharmlosen. Aber für die Völker ist es sehr gefährlich, sich Illusionen über die amerikanische Supermacht zu machen. Der USA-Imperialismus ist nach wie vor neben dem russischen Sozialimperialismus der schlimmste und äußerst gierige imperialistische Wolf. Er ist nach wie vor der Weltgendarm, der die Freiheitskämpfe der Völker und des Proletariats im Blut zu ersticken versucht, ein Hort der Reaktion und des Faschismus.

Die Rivalität der beiden Supermächte wird sich weiterhin zuspitzen, insbesondere auch in Europa, wo der Brennpunkt ihres Ringens um die Vorherrschaft in der Welt liegt. Und deshalb sind alle Hoffnungen und Träume verfehlt, die USA würden ihr „Engagement" in Europa abschwächen. Auch unter Carter wird die amerikanische Supermacht danach streben, ihre militärischen, politischen und wirtschaftlichen Positionen in Europa und ihre Kontrolle über die westeuropäischen Länder zu stärken.

Die bürgerliche Propaganda bei uns versucht Carter als „fortschrittlich", als „Erneuerer und Reformer" herauszuputzen, um das Mißtrauen und den Haß der werktätigen Massen gegen den USA-Imperialismus abzuschwächen. Aber was bedeutet es, wenn Carter z.B. solche Parolen verkündete wie diese: „Amerika muß der Führer der Nationen sein, es muß Weltführer sein"? Das bedeutet, daß Carter genau die Rolle spielt, die jeder Präsident der amerikanischen Supermacht spielte und spielen wird: Die Rolle des Häuptlings der blutbesudelten imperialistischen Supermacht, die nur ein Ziel kennt: mehr Profit, mehr Macht, die Verteidigung und Ausweitung ihrer Herrschaftsbereiche und Einflußzonen um jeden Preis.

Offen gesagt ...

Faschistische Tradition

Es fing an mit einer Feier und endet vorläufig mit einem blinddarmkranken Leber, um den Ablösungsgerüchte kursieren. Das Geschwader „Immelmann" hatte zusammen mit früheren Angehörigen des Sturzkampfgeschwaders 2 ein „gelungenes Traditionstreffen" in einer Kaserne veranstaltet, auf dem der „Ehrengast" Hans Ulrich Rudel Wappen überreichte und eine Autogrammstunde gab. Rudel, Ex-Oberst, höchstdekorierter Offizier der Hitlerwehrmacht, nach 1945 Anhänger der neonazistischen Organisationen Sozialistische Reichspartei, Deutsche Reichspartei und NPD, verkörperte bei diesem Traditionstreffen in geradezu idealer Weise die „Tradition". So weit so gut. Der Haken kam, nachdem die Luftwaffengeneräle Walter Krupinski und K.H. Franke mit Journalisten ein vertrauliches Gespräch führten und diesen Journalisten anschließend das Gewissen schlug und sie damit an die Öffentlichkeit traten. In dem Gespräch ging es um Rudels Ehrengasttätigkeit, die Franke so verteidigte: „Rudel könnte sich ebenso geläutert haben wie ehemalige Linksextremisten und Kommunisten, die früher in der Sowjetunion gewesen sind, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner." (Die Läuterung Wehners bestand übrigens darin, daß er Verräter und Agent wurde). Das Skandalkarussel begann sich zu drehen.

40 SPD-Bundestagsabgeordnete forderten sofortige Ablösung von Krupinski und Franke. Leber entließ die beiden, denn er mußte „politisch" reagieren. Die Generäle wehrten sich. Nach Krupinskis Worten ist Traditionspflege nötig, schließlich stehe die Bundeswehr in der Tradition der Vorgängerarmeen. „Was haben Sie eigentlich gegen Rudel?" „Der hat ja keine silbernen Löffel geklaut." Die CDU/CSU tritt auf den Plan. Die Generäle hätten nur einen früheren Kameraden in Schutz genommen (Krupinski hat im zweiten imperialistischen Weltkrieg für Rudel Geleitschutz geflogen!). Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU, Manfred Wörner: „Warum sollten nicht junge Soldaten mit einem solchen Mann auch in einer Kaserne der Bundeswehr im Rahmen eines unpolitischen Kameradschaftstreffs ein Bier trinken dürfen?" Wie die Affäre bis zu diesem Punkt aufgezogen wurde, sah es ganz danach aus, als ob auf der einen Seite Antifaschisten für eine „demokratische Bundeswehr" plädierten, während sich die anderen an der Hitlertradition nicht störten. Inzwischen trübt sich dieses schön aufgezogene Bild. Es kam heraus, daß nicht nur Lebers Staatssekretär Schmidt diesem Traditionstreffen zustimmte, sondern auch der Herr Minister persönlich. Man muß zugeben, daß es zweifellos sehr schwer ist, die Bundeswehr, die von Nazi-Generälen aufgebaut wurde, auf deren Charakter die Skandale Kraushaar (chilenischer Offizier) und Rall (Südafrikareisender) ein bezeichnendes Licht geworfen haben, dem Volk als friedliebendes und demokratisches Instrument der westdeutschen Imperialisten vorzustellen. Sicher gibt es Differenzen zwischen CDU und SPD, aber auch innerhalb dieser Parteien darüber, wie offen man „die Tradition" pflegt, wie offen und schnell man seine aggressiven Ziele anstrebt und ausplaudert. Aber diese Widersprüche dürfen keinen darüber hinwegtäuschen, daß die Bundeswehr im Charakter dasselbe geblieben ist wie die Wehrmacht, ein Instrument für die Unterdrückung des Volkes und für die Eroberungsgelüste des westdeutschen Imperialismus.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Gemeinsames Kommunique der KP Argentiniens/ML und der KPD/ML

Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Argentiniens/Marxisten-Leninisten und des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten trafen sich zu einer gemeinsamen Beratung. Sie diskutierten wichtige Fragen der internationalen Entwicklung und der Entwicklung in Argentinien und Deutschland sowie sich daraus ergebende Probleme der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik des revolutionären Kampfes.

Die KPA/ML erklärt ihre volle Unterstützung für den Kampf des deutschen Proletariats, der werktätigen Massen Deutschlands unter der Führung der KPD/ML für die gewaltsame sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

In Westdeutschland ist der westdeutsche Imperialismus der Hauptfeind der sozialistischen Revolution. Als zweiten Feind bekämpfen das Proletariat und die werktätigen Massen Westdeutschlands den USA-Imperialismus. Die KPA/ML unterstützt den Kampf für den Abzug aller Besatzertruppen aus Westdeutschland und für den Austritt Westdeutschlands aus der Nato.

In der DDR herrscht eine sozialfaschistische Diktatur. Die KPA/ML begrüßt die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. In der DDR ist der russische Sozialimperialismus der Hauptfeind des Kampfes für die sozialistische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats. Die neue Bourgeoisie ist der zweite Feind der Werktätigen in der DDR, der ebenfalls durch die sozialistische Revolution gestürzt werden muß. Die KPA/ML unterstützt den Kampf der Werktätigen der DDR für die vollständige Vertreibung der sowjetischen Besatzertruppen und den Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt. Die KPA/ML unterstützt die Haltung der KPD/ML, daß eine im Interesse des Proletariats liegende Lösung der nationalen Frage in Deutschland nur durch die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten erreicht werden kann. Die KPA/ML unterstützt voll den Kampf ihrer deutschen Bruderpartei gegen den modernen Revisionismus und alle anderen Strömungen des Opportunismus sowie gegen alle parteifeindlichen Gruppen.

Die KPD/ML erklärt ihre volle Unterstützung für den Kampf des Proletariats und der Volksmassen Argentiniens, an deren Spitze die KPA/ML steht. Die argentinischen Volksmassen kämpfen in der neudemokratischen Revolution für die Vernichtung der faschistischen Diktatur und die Zerschlagung der Herrschaft des Imperialismus und der mit ihm verbündeten argentinischen Oligarchie.

Der Hauptfeind des argentinischen Volkes ist der USA-Imperialismus, der die faschistische Diktatur stützt. Die Zerschlagung der faschistischen Diktatur und ihre Ersetzung durch eine provisorische revolutionäre Regierung kann nur durch den bewaffneten Aufstand erreicht werden. Der Kampf des argentinischen Volkes richtet sich auch gegen andere imperialistische Mächte, die das argentinische Volk ausplündern. Die KPD/ML betont, daß der Kampf des argentinischen Volkes gegen den westdeutschen Imperialismus vollständig im Interesse des deutschen Proletariats ist und für seinen Kampf eine große Unterstützung darstellt. Die KPD/ML unterstützt die gerechte Forderung des argentinischen Volkes nach der Rückgabe der vom britischen Imperialismus okkupierten Insel Malvinas. Sie unterstützt die feste Haltung der KPA/ML gegenüber den Versuchen des russischen Sozialimperialismus, in Argentinien Fuß zu fassen und seinen Einfluß auszuweiten. Die KPD/ML unterstützt vollständig den Kampf ihrer argentinischen Bruderpartei gegen den modernen Revisionismus und alle anderen Strömungen des Opportunismus sowie gegen alle parteifeindlichen Gruppen.

Zur Einschätzung der internationalen Lage stellen beide Parteien übereinstimmend fest:

Die Epoche, in der wir leben, ist die Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, und die gegenwärtige Lage in der Welt ist das Ergebnis der Entwicklung der von Lenin analysierten grundlegenden Widersprüche dieser Epoche. Diese grundlegenden Widersprüche sind:

- der Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus andererseits;
- der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern;
- die Widersprüche zwischen Imperialisten;
- der Widerspruch zwischen Imperialismus und Sozialismus.

Diese grundlegenden Widersprüche der heutigen Welt sind miteinander verbunden und keiner darf verwischt oder geleugnet werden. Auf der Basis der Entwicklung und Verschärfung dieser Widersprüche ist heute eine Lage in der Welt entstanden, die günstig für den revolutionären Kampf der Völker ist. Der Kampf der unterdrückten Völker und Nationen gegen den Imperialismus, besonders gegen den USA-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus, gegen Reaktion und Revisionismus nimmt einen großen Aufschwung. In den kapitalistischen Ländern entwickelt sich zunehmend der Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie mit dem Ziel der sozialistischen Revolution. Für den revolutionären Kampf der unterdrückten Völker und des internationalen Proletariats ist die Existenz des sozialistischen Albanien und des sozialistischen China von großer Bedeutung. Die sozialistischen Länder, die an der marxistisch-leninistischen Linie und am proletarischen Internationalismus festhalten, sind Stützpunkte im Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus, für den weltweiten Sieg des Sozialismus.

Die beiden imperialistischen Supermächte, der USA-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, sind gegenwärtig die größten internationalen Ausbeuter und Unterdrücker. Von ihrer heftigen Rivalität im Kampf um die Weltherrschaft geht die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg aus. Die KPA/ML und die KPD/ML sind der Ansicht, daß es absolut notwendig ist, die beiden Supermächte in der gleichen Weise zu bekämpfen und daß es nicht möglich ist, sich auf eine Supermacht gegen die andere zu stützen.

Die KPA/ML und die KPD/ML sind der Ansicht, daß die gegenwärtige Lage in der Welt es besonders notwendig macht, die Einheit zwischen den marxistisch-leninistischen Bruderparteien auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus zu festigen und zu stärken. Sie sehen darin einen Hauptfaktor für den weiteren Fortschritt der Revolution in der Welt.

Rettet das Leben von Margarita Baéz!

Das faschistische Regime des Generals Stroessner in Paraguay hat die revolutionäre Patriotin Magarita Baéz auf das Schwerste gefoltert und verschleppt. Magarita Baéz, eine bekannte Führerin der patriotischen Front MODEPA (Movimente de Defensa de la Patria) wurde am 17. August dieses Jahres verhaftet, als sie vor Arbeitern einer Fabrik das Programm der MODEPA erläuterte.

Obwohl sie zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung im 5. Monat schwanger war, wurde sie anschließend acht Tage lang gefoltert. Ihr Bruder, den Stroessners Schergen in das Gefängnis schleppten, um ihm zur Einschüchterung die Folgen der Folter an seiner Schwester zu zeigen, berichtete: Magaritas Fingernägel waren herausgerissen, von ihren Händen hing die Haut in Fetzen, beide Augen bluteten stark und sie konnte nicht sprechen. Als sie einen Arm nach ihrem Bruder ausstreckte, wurde sie mit dem Gewehrkolben geschlagen.

Am 25. August wurde beobachtet, wie Genossin Baéz bewußtlos auf einer Bahre aus dem Polizeipräsidium gebracht wurde. Ihre Hände bluteten, ihr Leib war von Wasser aufgebläht, was auf eine vom Stroessner-Regime häufig angewandte Foltermethode zurückzuführen ist: Der Gefangene wird immer wieder bis kurz vor dem Ertrinkungstod unter Wasser getaucht. Es ist unbekannt, wohin Genossin Baéz am 25. August verschleppt wurde, und es ist ungewiß, ob sie noch lebt oder ob sie ihren heroischen Widerstand gegen die Folter mit dem Leben bezahlen mußte. Falls Genossin Baéz in eine Klinik der Polizei verschleppt wurde, besteht für sie höchste Lebensgefahr. Es gehört zu den unmenschlichen Praktiken der faschistischen Diktatur in Paraguay, gefangene Revolutionäre bis an die Schwelle des Todes zu foltern, sie dann medizinisch zu behandeln, um sie bei eintretender Besserung erneut auf das Grausamste zu foltern. So versuchen Stroessners Folterknechte, den heroischen Widerstand der gefangenen Revolutionäre zu brechen und sie zu Aussagen zu zwingen.

Magarita Baéz, die 25 Jahre alt und Friseuse ist, ist der Stroessner-Diktatur besonders verhaßt, weil sie unter den werktätigen Massen Paraguays eine große Arbeit geleistet hat, um den Widerstand des Volkes gegen den Ausverkauf der nationalen Interessen Paraguays an den USA-Imperialismus und dessen faschistische Vasallen in Brasilien zu organisieren.

Die Kommunistische Partei Paraguays und die MODEPA rufen auf, Protestbriefe, in denen die Freilassung von Magarita Baéz gefordert wird, an folgende Adressen zu richten:

Exemo. Senor Presidente de la Republica des Paraguay
General Alfredo Stroessner
Asuncion/Paraguay

Senora Lidia Mora de Stroessner
Asuncion/Paraguay

Sr. Ministro des Relaciones Exteriores
Senor Alberto Nogue
Asunsion/Paraguay

Aus aller Welt

THAILAND

Unmittelbar nach dem faschistischen proamerikanischen Putsch hat die Kommunistische Partei Thailands in einer Erklärung des Zentralkomitees der Partei, die über den Sender „Stimme des thailändischen Volkes" gesendet wurde, die Volksmassen des ganzen Landes und alle patriotischen Kräfte zum Kampf gegen die faschistische Diktatur aufgerufen und ihre Entschlossenheit bekräftigt, den revolutionären Volkskrieg für die Freiheit und Unabhängigkeit des Landes bis zu Ende zu führen. Kurze Zeit darauf gab der Führer der Sozialistischen Partei über den Sender „Stimme des thailändischen Volkes" eine Erklärung ab, in der er dazu aufrief, es sei „rechtens und gerecht", wenn das Volk das neue Regime mit Gewalt beseitige und den Kampf der Kommunistischen Partei Thailands unterstütze. Wie verschiedene Nachrichtenagenturen melden, haben sich in der letzten Zeit zahlreiche revolutionäre Intellektuelle aus den Städten des Landes in die befreiten Gebiete geflüchtet, um mit dem Gewehr in der Hand für den Sturz des faschistischen Regimes zu kämpfen.

EKUADOR

Die Volksmassen von Ekuador erheben sich immer stärker gegen das herrschende reaktionäre Regime und kämpfen für die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Massen durch die einheimischen Unterdrücker und den amerikanischen Imperialismus. So riefen vor einigen Tagen die Studenten- und Arbeiterkomitees der Stadt Riobamba, 110 km südlich der Hauptstadt Quito, einen Generalstreik aus. Um den Streik niederzuschlagen, setzte das reaktionäre Regime die Armee ein, die das Feuer auf die streikenden Arbeiter und Studenten eröffnete, die in den Straßen der Stadt demonstrierten. Dabei ermordeten sie einen Demonstranten und verletzten 14 weitere schwer.

OMAN

Die Patrioten des Oman verstärken ihre Aktionen und lassen den Kräften des Regimes und den britischen Truppen keinen Augenblick Ruhe. In einem am 19. Oktober von der „Volksfront für die Befreiung des Oman" veröffentlichten Kommunique heißt es, daß die Patrioten am 11. Oktober eine weitere kühne Aktion durchführten. Sie stellten einem Lastwagen der britischen Kolonialsoldaten einen Hinterhalt und erschossen einen britischen Offizier, den Kommandeur der sogenannten Sicherheitskräfte, und verwundeten etliche englische Soldaten schwer. In dem Kommunique wird ebenfalls die Entschlossenheit der Patrioten des Oman bekundet, den Kampf gegen das reaktionäre Regime des Sultan Qabus und die britischen Kolonialherren fortzusetzen, bis das Land befreit ist.

SPANIEN

Ungeachtet der Drohung der faschistischen Polizei gingen 2 500 streikende spanische Busfahrer am 29. Oktober erneut auf die Straßen von Madrid, um ihren Protest gegen die schlechten Arbeitsbedingungen, die Entlassungen von Dutzenden ihrer Kollegen sowie gegen den Lohnstopp der kapitalistischen Besitzer zu protestieren. Im Verlauf der Zusammenstöße, zu denen es zwischen den Streikenden und der Polizei kam, wurden fünf Streikende niedergeschossen und Dutzende weitere verhaftet. In einer Erklärung der streikenden Fahrer wird die Entschlossenheit bekundet, den Kampf fortzusetzen, bis ihre Forderungen von den kapitalistischen Besitzern erfüllt sind.

AZANIA

Das Volk von Azania setzt seinen entschlossenen Kampf gegen die grausame Unterdrückung und die Politik der Rassendiskriminierung des Vorster-Regimes fort. Hunderte von Afrikanern nahmen in Soweto an einer Protestdemonstration gegen das rassistische Regime teil. Zwischen den Demonstranten und der Polizei kam es zu heftigen Zusammenstößen. Auch in Pretoria demonstrierten Hunderte von Jugendlichen in den Straßen der Stadt. Sie errichteten Barrikaden und kämpften mutig gegen die rassistische Polizei, die das Feuer auf sie eröffnete. Am 29. Oktober marschierten große Mengen Studenten durch die Straßen der Kleinstadt Dundee, rund 180 Meilen südöstlich von Pretoria. Dabei riefen sie Losungen gegen das herrschende Rassistenregime. Um den Marsch der Demonstranten zu verhindern, wurden einige hundert Polizisten eingesetzt, die außer Schlagstöcken und Tränengas auch Schußwaffen benutzten. Dabei wurden zwei Studenten getötet und viele weitere schwer verletzt. Dutzende Demonstranten wurden festgenommen. Laut Agenturmeldungen boykottierten in Soweto Hunderte Studenten die Vorlesungen und führten Demonstrationen durch. Auch in anderen Städten des Landes wie in Johannesburg usw. fanden Demonstrationen statt.

PALÄSTINA

Die arabischen Einwohner am Westufer des Jordan und dem Gazastreifen setzten die Demonstrationen aus Protest gegen den zionistischen Terror und die Besetzung ihrer Gebiete durch die israelischen Aggressoren fort. Hunderte arabischer Einwohner, unter ihnen viele Jugendliche, marschierten am 29. Oktober durch die Straßen der Stadt Nablus. Sie trugen Transparente mit sich und riefen Parolen, mit denen sie die israelische Besatzung verurteilten. Gegen sie gingen zahlreiche Armee-Einheiten vor. Zwischen den Demonstranten und den israelischen Soldaten kam es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen. Die israelischen Zionisten nahmen eine Anzahl arabischer Einwohner fest. In anderen Städten am Westufer des Jordan fanden ähnliche Protestdemonstrationen statt.

SIMBABWE

Trotz des Terrors des Smith-Regimes und des Schwindels der Genfer Konferenz verstärkt sich der Kampf des Volkes von Simbabwe gegen seine Unterdrücker. Das zeigen die zahlreichen Aktionen der Patrioten in den ersten zwei Wochen des letzten Monats. Die Patrioten machten in dieser Zeit 20 Rassistensoldaten unschädlich und erbeuteten eine beträchtliche Menge Waffen und Heeresausrüstungen. Sie haben außerdem beinahe alle Verkehrswege und Fernmeldeverbindungen des Feindes unterbrochen.

NORDIRLAND

Im Oktober haben die nordirischen Patrioten verschiedene schlagkräftige Aktionen gegen die Besatzungstruppen der britischen Imperialisten unternommen. Dabei fügten sie ihnen große Verluste zu. Am 18. Oktober wurden durch die Explosion einer Tankstelle drei britische Besatzer getötet. Kurze Zeit darauf belagerten die Patrioten einen Militärposten der englischen Besatzer in der Umgebung von Belfast einige Stunden lang. Am 28. Oktober stellten sie einer Streife des Feindes im Dorf Capar, 60 km westlich von Belfast, einen Hinterhalt. Die von den Patrioten durchgeführten Aktionen haben den englischen Truppen spürbare Verluste zugefügt. Einem von den Besatzern selbst veröffentlichten Bericht zufolge wurden in dieser Zeit zwei britische Soldaten getötet und viele weitere verletzt. Der Sachschaden war erheblich. Durch diese Verluste rasend geworden verstärkten die englischen Kolonialherren und ihre verräterischen Diener die Hausdurchsuchungen und die Festnahmen in den Armenvierteln von Belfast, Derry und anderen Städten. Ferner metzelten sie Einwohner nieder, um Panik hervorzurufen. So drangen am 28. Oktober terroristische Elemente in ein Krankenhaus in Belfast ein und schossen auf eine Gruppe Frauen. Eine bekannte Führerin der nordirischen Patrioten, die zur Behandlung im Krankenhaus lag, wurde von dem Terrorkommando der Faschisten ermordet.

Spendet für den Aufbau des DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.Nr.: 321 004 547 und
KPD/ML, Spendenkonto
PschKto. 6 420 — 467
PschA Dtmd.

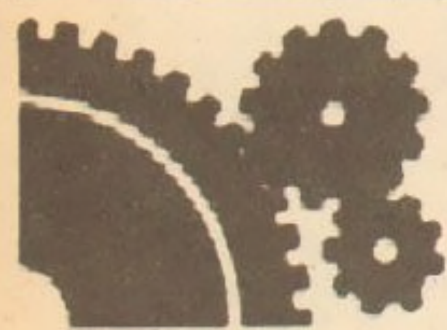
FRANKREICH

Mächtige Streiks und Demonstrationen gab es in den letzten Tagen auch in Frankreich. Mehr als 200 000 französische Jugendliche in Paris und 20 anderen wichtigen Städten Frankreichs gingen unter Losungen auf die Straße, in denen sie Sofortmaßnahmen forderten, um die Inflation und die Erhöhung der Arbeitslosenzahl zu stoppen. Die Pariser Demonstranten trugen Transparente, auf denen stand: „Wir wollen nicht arbeitslos bleiben und sind entschlossen, gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen." Laut offiziellen Statistiken sind in Frankreich mehr als 941 200 Jugendliche unter 26 Jahren arbeitslos. Viele von ihnen haben Fachschulen oder die Universität abgeschlossen.

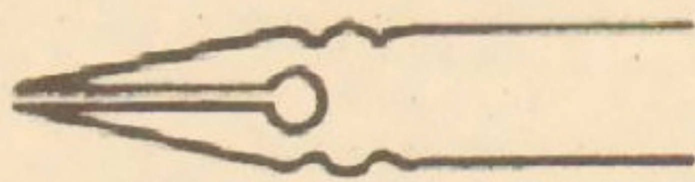
ENGLAND

Zehn Tage lang haben in Portsmouth Zehntausende von Arbeitern der Werftindustrie gestreikt. Sie kämpfen gegen die Absichten der Kapitalisten, die Last der Krise auf ihre Schultern abzuwälzen. Sie fordern bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Angesichts der Entschlossenheit der Streikenden waren die Kapitalisten gezwungen, einige Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Machenschaften bei Personalratswahlen

Liebe Genossen!

Im Mai fanden für die Sozialämter der Stadt Frankfurt Personalratswahlen statt. Zu diesen Wahlen stellten die ÖTV und die „Unabhängigen" je eine Liste auf. Die Kandidaten der ÖTV-Liste wurden auf Mitgliederversammlungen „demokratisch" gewählt. Wie sah das aus? „Junge, dynamische Gewerkschafter", die auf Karriere aus sind, schlugen die alten Bonzen wieder vor, z. B. den Personalratsvorsitzenden Scheibinger. Ihn wollte ein großer Teil der Kollegen nicht mehr im Personalrat sehen. Aber es wurde von der „Einheit" innerhalb der Gewerkschaft gesprochen. Der Angriff der „Rechten" (Liste der Unabhängigen) müßte zurückgeschlagen werden usw. usf.

Zu diesem ganzen Wahlschwindel der ÖTV erschien nun zum ersten Mal ein Flugblatt der KPD/ML bei der Stadtverwaltung Frankfurt. Im Flugblatt wurde aufgezeigt, wie uns der bisherige Personalrat verschaukelt hat, und daß all diese Leute wieder zur Wahl stünden. Es wurde aufgezeigt, was revolutionäre Personalräte machen müßten, und es wurde der Aufbau einer Roten Liste und der Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition propagiert. Zu den Wahlen des neuen Personalrats riefen wir zum Wahlboykott auf.

Als dann die Wahl gelaufen war, stellte sich heraus, daß der alte Personalratsvorsitzende Scheibinger aufgrund seines Listenplatzes nicht mehr gewählt worden war. Von 1631 Wahlberechtigten gingen 533 (33,7%) nicht zur Wahl. 74 Kollegen stimmten ungültig, das sind 6,7% der abgegebenen Stimmen. Nun war innerhalb der ÖTV guter Rat teuer. Wer sollte den Vorsitz im neuen Personalrat übernehmen? Plötzlich, am Tage der konstituierenden Sitzung, trat ein gewähltes Personalratsmitglied zugunsten des alten Personalratsvorsitzenden zurück.

Darüber waren die Kollegen einer Betriebsgruppe der ÖTV in einer Sozialstation derart empört, daß sie an das zurückgetretene Personalratsmitglied einen Brief richteten. In dem Brief gaben sie ihrer Empörung über die Machenschaften Ausdruck und forderten eine öffentliche Stellungnahme. Es verging eine Weile bis alle Kollegen, die den Brief unterschrieben hatten, persönlich ein gleichlautendes Schreiben des Angesprochenen erhielten. In dem Schreiben wird von der „großen Ratlosigkeit" gesprochen, zumal in einer Mitgliederversammlung vor den Wahlen erklärt worden sei, der alte Personalratsvorsitzende müsse auch der neue sein. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Nachdem die gewählten ÖTV-Personalratsmitglieder einen Tag vor der konstituierenden Sitzung des Personalrates zu keinem Ergebnis kamen, wer der künftige Vorsitzende sein soll, stellte sich mir die Frage: Will ich Neuwahlen oder bin ich nach wie vor für gewerkschaftliche Solidarität? Der Kollege Kraus war nicht bereit, von seinem Amt zurückzutreten, genausowenig wie zunächst ich. Nach Abwägung aller Umstände, das heißt auch Verzicht auf Neuwahlen, habe ich mich entschlossen zurückzutreten, um einen Vormarsch der Roten Gewerkschaftsopposition (Rote Liste) zu verhindern."

Die Herren haben das Flugblatt der KPD/ML also auch gelesen. Und sie spüren die Stimmung der Kollegen. Sie haben Angst vor der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Sie fürchten, daß die Kollegen bei eventuellen Neuwahlen den ganzen Schwindel nicht mehr mitmachen und ungültig stimmen oder überhaupt nicht mehr wählen würden.

Ein Beweis, wie sehr sie die gegen sie gerichtete Stimmung der Kollegen fürchten, ist, daß sie bis heute noch zu keiner Personalversammlung aufgerufen haben.

Rot Front,
Genossen aus Frankfurt.

Ein verdienter Lakai der Ausbeuter

Liebe Genossen!

Nach 12 Jahren Betriebsratsmitgliedschaft und mehreren Jahren Vorsitz ist bei uns im Betrieb Emil Ziegenbarth in den „verdienten" Ruhestand getreten. Am traurigsten darüber waren wohl die Kapitalisten.

Auf der letzten Betriebsversammlung war unser oberster Boss des Lobes der guten Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat voll!

Die Kollegen dachten: „Daß der den so lobt, zeigt noch mehr, daß Ziegenbarth den Kapitalisten gut gedient hat."

Das Kommende macht das noch besser deutlich: Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung, zum Wohle des Betriebes, so unser höchster Boss wörtlich auf der Betriebsversammlung, wurde Emil Ziegenbarth während seiner Anwesenheit mit dem höchsten Stundenlohn bei LDW gedankt, nämlich 15,30 DM, und zum Abschied wurde ihm noch ein Farbfernseher überreicht.

Und der Kapitalist auf der Versammlung weiter: „Herr Ziegenbarth ist nie dem ‚populären Kurs der Konfrontation' verfallen!"

Ja, das wissen wir auch ganz genau und haben es dauernd gespürt. Wo er nur konnte, hat er versucht, unsere Kämpfe abzuwiegeln, und den Kapitalisten gedient!

Zum Abschied wurde ihm noch von der Geschäftsleitung zugerufen: „Kiek mal wieder rinn!"

Wir sahen ihn dann auch drei Wochen später wieder: Fein rausgeputzt, im schwarzen Zwirn, tanzte er zu einer Aufsichtsratssitzung, als Aufsichtsratsmitglied, mit anschließender Betriebsbesichtigung an!

Rot Front,
eine Genossin aus Bremen.

Geschlossen das Putzen verweigert

Liebe Genossen!

In dem Betrieb, wo ich arbeite, arbeiten ca. 90% Frauen. Wir bekommen einen Stundenlohn von etwas über 6 DM brutto. Offiziell arbeiten wir keinen Akkord, in Wirklichkeit müssen wir täglich 3 000 Zeichengeräte aneinander montieren. **Jeden Abend weißt du, daß du Akkord gearbeitet hast.** Jeder von uns weiß, daß sie uns um den Akkordlohn, der uns eigentlich zusteht, betrügen. Natürlich will keiner von uns Akkord arbeiten, daß wir es praktisch schon tun müssen, darüber macht sich niemand Illusionen.

Am letzten Freitag sollten wir unsere Halle aufräumen, bzw. putzen. Nicht nur, daß wir die 3 000 Stück schaffen müssen – wir sollten noch mehr reinklotzen, damit der Betrieb Putzfrauen spart. Bis auf zwei haben wir das geschlossen verweigert. Entweder die Stückzahl wird heruntergesetzt – oder die Halle bleibt ungeputzt. Der Meister lief herum und sein Gesicht wurde angesichts der Geschlossenheit immer röter. Trotz allem Geschrei hat er nichts ausrichten können.

Sicher, dies war kein Streik, aber es zeigt doch deutlich, daß der Widerstand in den Betrieben, und mag es auch noch um die kleinste Sache gehen, wächst. Ein paar Kollegen haben sich hinterher mit mir zusammengesetzt und beraten, was und wie man dagegen angehen muß, wenn an den Maschinen Akkord offiziell eingeführt wird. Alles deutet darauf hin, die Stopper standen vor einigen Tagen an den Maschinen und jeder Kollege, ob an der Maschine oder nicht, beobachtete sie mit wachsendem Unwillen.

Rotfront! Eine Hamburger Genossin

HDW: Klage der Roten Betriebsräte abgewiesen

Der Kampf für Wiedereinstellung geht weiter

Am 11. November fand in erster Instanz die Verhandlung vor dem Arbeitsgericht über die Klage von drei der vier fristlos entlassenen Roten Betriebsräten der Howaldts-Werke Deutsche Werft AG (HDW) in Kiel statt. Um den Kampf für die Wiedereinstellung der Roten Betriebsräte zu schwächen, hatten die Bosse und Bonzen dafür gesorgt, daß auch am gleichen Tag die beiden Betriebsversammlungen für die beiden Werke (die ersten Betriebsversammlungen überhaupt seit den fristlosen Entlassungen und den Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei auf der Werft.) stattfanden. Dadurch verhinderten sie von vorneherein, daß die Roten Betriebsräte auf den Betriebsversammlungen auftreten konnten.

Die HDW-Bosse hatten den Roten Betriebsräten gleich zweimal gekündigt: zuerst vollkommen willkürlich mit unhaltbarer Begründung am 3. 9. und dann noch einmal am 14. 9. Bei der zweiten Kündigung nahmen sie den Kampf zum Anlaß, mit dem die klassenbewußten Arbeitern beteiligt hatten, und die durch Einsatz von Bereitschaftspolizei gewaltsam unterdrückt werden sollte.

Das Arbeitsgericht erklärte nun die erste Kündigung für ungültig, bestätigte aber die zweite. Darin zeigt sich der ganze Zynismus der



Demonstration für die Wiedereinstellung der Roten Betriebsräte im September

Arbeiter auf der Werft und ihre Roten Betriebsräte sich gegen die willkürliche Entlassung und das Hausverbot zur Wehr gesetzt hatten. Wie wir damals im „Roten Morgen" berichten, hatte die Partei zu Kundgebungen auf der Werft aufgerufen, an denen sich Hunderte von bürgerlichen Klassenjustiz. In diesem „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat" sind die Rechte der Werktätigen in letzter Instanz nichts anderes als ein Schleier, hinter dem sich die Diktatur der Kapitalistenklasse versteckt. Wenn doch einmal ein Gericht zugunsten der Arbeiter entscheidet, dann nur infolge ihres konsequenten Kampfes für die Durchsetzung ihrer Rechte bzw. auch, damit die demokratische Maske dieses Staates nicht völlig verloren geht.

Außer auf die Polizei und die Gerichte können die Kapitalisten sich auch noch auf ihre Lakaien und Agenten in den Reihen der Belegschaft stützen. Auf den Betriebsversammlungen bemühten sich z. B. HDW-Kapitalisten, die reaktionären IGM-Betriebsräte um den Lakaien Böhm und die D„K"P-Revisionisten gemeinsam darum zu verhindern, daß revolutionäre Kollegen zu Wort kamen, um ihre Manöver zu entlarven und die Arbeiter und kleinen Angestellten zum Kampf für die Wiedereinstellung der Roten Betriebsräte aufzurufen. Dennoch sprachen revolutionäre und klassenkämpferische Arbeiter, und sie erhielten zum Teil großen Beifall.

Daß die Kampfbereitschaft und die kämpferische Einheit der Werftarbeiter durch die Unterdrückungsmaßnahmen des Klassenfeindes nicht zerschlagen werden konnte, zeigt sich z. B. auch daran, daß vor kurzem in der neuen Rohrhalle ein kurzer Streik mit der Forderung stattfand, daß eine Untersuchung gegen einen Spitzel des MAD bzw. Verfassungsschutzes eingeleitet werden soll. Unter anderem hatte dieses Subjekt durch Provokationen versucht, den Roten Betriebsräten einen verbrecherischen Terroranschlag auf Werftarbeiter in die Schuhe zu schieben. Auch hat er Kollegen bei den Protestversammlungen gegen die Entlassungen auf der Werft photographiert.

Das Arbeitsgericht hat nun zwar die zweiten Entlassungen in erster Instanz bestätigt. Aber der Kampf für die Wiedereinstellung der Roten Betriebsräte und eines weiteren Kollegen, der sich aktiv mit ihnen solidarisiert hatte (siehe auch nächste Seite), geht weiter.

Kämpfer des Roten Antikriegstags soll ins Gefängnis

Die Kollegen wählten ihn zum Betriebsrat

In der vorletzten Ausgabe des „Roten Morgen" berichteten wir über den Prozeß und die Verurteilung des Genossen Volker Nieber aus Tübingen. Genosse Volker Nieber war wegen „schwerem Landfriedensbruch" angeklagt worden, weil er an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 in München teilgenommen haben soll. Inzwischen erhielten wir vom Genossen Volker einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß er kurz vor der Gerichtsverhandlung in dem Kleinbetrieb, in dem er arbeitet, zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt worden ist und daß seine Arbeitskollegen bei seinem Kampf gegen den Angriff der bürgerlichen Klassenjustiz fest hinter ihm stehen.

Vorweg jedoch eine Richtigstellung: Genosse Volker Nieber wurde nicht, wie wir im „Roten Morgen" berichtet hatten, zu 10 Monaten sondern zu 16 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Wie Genosse Volker uns berichtet, hatten kurz vor der Gerichtsverhandlung in München Arbeitskollegen von Volker den Vorschlag gemacht, eine Unterschriftensammlung für eine Solidaritätsresolution durchzuführen. Die Resolution wurde gemeinsam ausgearbeitet und 18 Kollegen, das heißt fast alle anwesenden Kollegen, haben unterschrieben. Und das ist der Text der Resolution:

„Am 27. und 28. Oktober 1976 steht unser Arbeitskollege Volker Nieber in München vor Gericht. Er soll verurteilt werden wegen einer „Roten Antikriegstagsdemonstration" von 1972, bei der sich 6 000 Menschen das Recht auf die freie Straße nicht nehmen ließen.

Wir haben den Kollegen Volker Nieber vor kurzem zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt und protestieren scharf gegen die Absicht, ihn als Verbrecher abzustempeln und zu verurteilen. Volker Nieber gehört nicht ins Gefängnis und nicht ins Gericht – er gehört hier in den Betrieb als Arbeiter und Betriebsrat.

Auch wir sind gegen den Krieg, den einige wenige anzetteln und der nur Not und Elend, Tod und Verwüstung bringt. Es ist eine gerechte und gute Sache, gegen diesen Krieg zu kämpfen, besonders weil in unserem Land so scharf wie nirgendwo auf der Welt zwei bis an die Zähne bewaffnete Supermächte einander gegenüberstehen.

Der Kollege Volker Nieber wird von uns auch dann nicht als Verbrecher und Krimineller angesehen werden, wenn ihn das Gericht in München verurteilt.

Wir fordern Freispruch für Volker Nieber!

Freiheit für die Demonstranten des Roten Antikriegstags!"

Als Volker im Rahmen seines Schlußwortes diese Resolution vorlas, wurden Richter und Staatsanwalt blaß vor Wut.

Diese Resolution entlarvte sehr deutlich, wie verlogen und zynisch es ist, wenn die bürgerliche Klassenjustiz ihre Terrorurteile gegen Kommunisten „im Namen des Volkes" verhängt. In Wahrheit verläuft zwischen dem kapitalistischen Staat mit seiner Justiz und Polizei einerseits und dem werktätigen Volk mit den Kommunisten als Vorkämpfern andererseits eine Front des unversöhnlichen Klassenkampfes. Die Kollegen wählten den Revolutionär Volker Nieber deshalb zum Betriebsratsvorsitzenden, weil sie in ihm einen konsequenten und treuen Kämpfer für die Interessen der Arbeiter erblicken. Sie solidarisierten sich mit seinem Kampf gegen den Angriff der bürgerlichen Justiz und mit den Kämpfern des Roten Antikriegstags von 1972, weil sie spüren, daß es richtig und notwendig war, daß wir der reaktionären Gewalt der Polizei unsere revolutionäre Gewalt im Kampf gegen den imperialistischen Kriegentgegensetzten.

Als während der Gerichtsverhandlung Filmmaterial über die Rote Antikriegstagsdemonstration vorgeführt wurde, stieß ein Gerichtsbüttel haßerfüllt hervor: „Jetzt müßte man eine MP haben und diese Brüder alle umlegen". Bezeichnenderweise lehnte der Richter den daraufhin von Volker gestellten Antrag, diesen Kerl aus dem Saal zu weisen, ab.

Je mehr die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse wächst, und die Resolution der Kollegen von Volker ist ein Ausdruck davon, umso offener tritt der terroristische Charakter der kapitalistischen Herrschaft zutage. Aber damit verlieren auch die pazifistischen Predigten und Phrasen der Bourgeoisie und ihrer Handlanger über die „Gewaltlosigkeit" immer mehr an Glaubwürdigkeit und immer mehr Kollegen erkennen die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution.

30 000 im Kampf gegen das Kernkraftwerk Brokdorf

Fortsetzung von Seite 1

gegend und den vielen anderen Demonstranten aus allen Teilen des Landes gekämpft. Das war unübersehbar: Denn dort, wo das Zentrum des Kampfes war, da wehte stets die Fahne der Partei. Doch daß dies nur ein isolierter Kampf einiger weniger Kommunisten war, und nicht ein Kampf von Tausenden und Abertausenden, wird auch die bürgerliche Hetzpresse nicht glaubhaft machen können. Ohne die breiteste Unterstützung der Massen wäre es den Genossen, die zusammen mit anderen äußerst mutigen Demonstranten an der Spitze kämpften, niemals möglich gewesen, Erfolge zu erringen. So hatten Bauern ihre Höfe als Sanitätsstationen zur Verfügung gestellt, andere stellten Essen und vor allem Wasser bereit. Es wurden von ihnen Baumstämme, Türen, alte Badewannen herangeschafft, um Brücken über den Graben zu bauen. Leitplanken an der Straße, die zuvor extra von den Bautrupps des Kraftwerks verschweißt worden waren, wurden samt ihrer Verankerung aus dem Boden gerissen. Das vollbrachte nicht die Kraft einiger Kommunisten, sondern die Kraft der Massen, die im Kampf gegen die Polizeitruppen ihre Lebensinteressen verteidigten. Sie schützten die Genossen, die an vorderster Front dem Stahlgitterzaun zu Leibe gingen, indem sie die Wasserwerfer mit Steinen bombardierten, die Tränengasgranaten und Rauchbomben in die Reihen der Polizisten zurückschleuderten.

Die Hetze der Bourgeoisie, es habe sich bei der Kampfaktion um ein „Komplott der Kommunisten" gehandelt, die „ihr eigenes Süppchen" in Brokdorf hätten kochen wollen, wird die Demonstranten und wirklichen Gegner der Atomkraftwerke der Kapitalisten nicht vom Kampf abhalten können. Im Gegenteil, es werden nicht wenige sagen: Wenn so die Kommunisten kämpfen, dann sind sie genau richtig.

Der Angriff auf den Zaun

Nachdem Brücken über den Graben gebaut, mit Wurfankern und Enterhaken der Nato-Stacherdraht beiseite geräumt war, rückten die Genossen und viele andere Demonstranten dem Zaun zuleibe. Hinter Blech- und Holzschilden, gegen die die Wasserwerfer aus drei Meter Entfernung unentwegt ihr Tränengasgemisch versprühten, wurde mit Seitenschneidern und Zangen der Stahlgitterzaun aufgeschnitten. Polizisten versuchten mit langen Eisenstangen die Schilde umzustoßen – doch vergeblich. Auch mit Chemical Mace wurde aus nächster Nähe auf die Demonstranten geschossen. Doch die Polizisten wurden stets wieder, trotz Panzerung mit Schilden und Schutzhelmen, durch die Steinhagelwürfe der Demonstrantenmehr zurückgetrieben.



Mit Holzstämmen wurden Brücken über den Graben gebaut.

„Mörder, Mörder!"

„Mörder, Mörder!" riefen Tausende immer wieder, wenn die Polizisten angriffen. Dabei kam der ganze Haß der Menge gegen diese Truppen des Staatsapparats und deren unglaublichen Terror zum Ausdruck. Aus der Luft wie vom Bauplatz her wurden ständig Tränengas- und Rauchbomben abgeschossen.

Auf die Demonstranten, die den Stahlzaun aufbrachen, warfen Polizisten mit schweren Ziegelsteinen. Mehrere Demonstranten wurden von diesen Steinen getroffen und schwer verletzt. **Am schwersten wurde der Rote Betriebsrat von HDW/Kiel, Genosse Bernd Woitalla, durch die Steinwürfe der Polizisten verletzt. Er bekam einen Stein gegen den Kopf und mußte schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Er trug nicht nur einen Schädelbruch davon, sondern auch innere Blutungen am Gehirn, so daß er am Montag in die Kieler Neurochirurgische Klinik geflogen und dort einer schweren und gefährlichen Gehirn-Operation unterzogen werden mußte.** Einem anderen Demonstranten würden durch die Steinwürfe der Polizei die Zähne ausgeschlagen, ein weiterer wurde ebenfalls am Kopf getroffen, erlitt eine Platzwunde und eine schwere Gehirnerschütterung.

Wo die Polizeitruppen – auch außerhalb des Baugeländes – eine Möglichkeit sahen, gegen einzelne Gruppen vorzugehen, taten sie das mit äußerster Brutalität. **Eine Frau berichtete: Sie wurde mit anderen zusammen aus Hubschraubern mit Tränengas beschossen, und im gleichen Augenblick stürmte ein Polizeitrupp mit Schlagstöcken auf sie los. Als die Frau in einen Graben stürzte, schlugen die Polizisten solange auf sie ein, bis sie blutüberströmt war. Sie sagte später zu uns: Bei der letzten Wahl habe sie CDU gewählt. Aber jetzt seien ihr diese Illusionen ausgetrieben worden. „Euer Vorgehen ist genau richtig. Das", sagte sie, „ist der einzige Weg, um gegen den Bau des Kernkraftwerks vorzugehen. Das habe ich jetzt gesehen."**

Pazifismus oder revolutionäre Gewalt?

Die Presse und vor allem Regierungsvertreter Stoltenberg entfalteten nach der Schlacht in Brokdorf eine wahre Hetzkampagne, in der natürlich nicht das brutale Vorgehen der Polizeitruppen, sondern das Vorgehen der Demonstranten als „brutale Gewaltaktion" verurteilt wurde. Der „Boden des Rechtsstaats" sei verlassen worden.

Doch die Demonstranten haben diesen „Rechtsstaat" im Verlauf des Kampfes nur zu gut kennengelernt. Das „Recht", das er mit brutaler Gewalt verteidigt, ist das Recht einer Handvoll Kapitalisten, für die auf Kosten der Werktätigen, auf Kosten ihrer grundlegendsten Lebensinteressen nur eines zählt: ihr Profit, ihre Macht.

Zweifellos gab es auch in Brokdorf verschiedenste Elemente, die Pazifismus predigten, um damit die Kampfkraft der Demonstranten zu schwächen. Da waren zum Beispiel Pfaffen, die mit einem „Feldgottesdienst" eine Schau abzogen, um gegen die revolutionäre Gewalt zu hetzen. Da gab es auch aus der Bürgerinitiative verschiedene bürgerliche Politiker, die immer wieder zu „gewaltlosem Widerstand" gegenüber der brutalen Polizei aufriefen. Doch sie fanden bei den breiten Massen kein Gehör. Den Menschen dort war klar, daß kein Gerichtsbeschluß und kein „geschliffenes Argument" den Bau des Kraftwerks verhindern wird, das sich gegen ihre Lebensinteressen richtet, sondern die Besetzung des Bauplatzes.

Besonders hinterhältig gingen zum Beispiel die D„K"P-Revisionisten vor. Nach der Kampfaktion schwang ihr Bezirksvertreter Stiefvater zwar große Worte und verkündete scheinheilig: „Das Engagement der Demonstranten ist ein ermutigendes Beispiel." **Tatsächlich aber tat dieser Betrüger mit seinen Anhängern alles, um während des Kampfes das mutige Vorgehen der Demonstranten zu verhindern: Junge Frauen, die Steine heranschleppten, um die Polizisten damit am Vordringen zu hindern, bemerkten plötzlich, daß eine Gruppe von Männern ständig diese Steine in den Graben stieß. Genossen, die hinzukamen, erkannten dabei eine Gruppe Kieler D„K"P-Revisionisten, die sich nun natürlich schnell davonmachen wollten. Doch der eine von ihnen wurde von den wütenden Leuten noch gepackt und landete selbst im Wassergraben.**

Die Frage der Gewalt war für die Demonstranten hier keine abstrakte Frage. Sie erfuhren in diesem Kampf selbst unmittelbar, daß die Kommunisten Recht haben, wenn sie sagen: Revolutionäre Gewalt ist gerecht.

„Der Durchbruch gelingt ..."

Trotz der heftigen Angriffe der Polizei gelang es, den Zaun auf einer Breite von zehn Metern zu durchbrechen. Auch an anderen Stellen waren Löcher in den Gitterzaun gebrochen. Die Genossen standen jetzt auf dem Bauplatz – nur noch durch einige Stacheldrahtrollen von den Polizeitruppen getrennt. Diese Truppen waren aber nicht nur brutal, sie waren auch feige. Viele Polizisten riefen in Panik: „Sie kommen, sie sind durch." Sogleich raste ein großer Kranwagen mit einem vorbereiteten Zaunstück, das die Lücke füllen sollte, ohne Rücksicht auf das Leben der Demonstranten los. Die Genossen, die vorne am Zaun standen, konnten nur dadurch ihr Leben retten, daß sie rückwärts in den Wassergraben sprangen.

Die breiten Massen der Demonstranten packte da erst recht Haß und Wut. Mit einem Steinhagel zerschmetterten sie die Scheibe des Führerhauses, so daß sich der Kran zurückziehen mußte. Ein Wasserwerfer wurde am Rohr getroffen, so daß er außer Gefecht gesetzt war. Einem zweiten Wasserwerfer wurde die Frontscheibe zersplittert und ein dritter schließlich ging durch einen Molotow-Cocktail getroffen in Flammen auf. Drei andere Wasserwerfer mußten ihn löschen. Hätten sich zu diesem Zeitpunkt Polizeitrupps aus ihrer Festung gewagt, sie wären nicht heil davon gekommen.

... aber zur Besetzung kam es nicht

Während im Zaun Öffnungen bis zu zehn Meter Breite geschaffen worden waren, hatten vor allem die KBW-Führer nichts besseres zu tun, als ständig Abwiegelei zu betreiben und den Demonstranten unentwegt ihre „Bedenken" gegen eine Besetzung des Bauplatzes vorzutragen. Sie trugen so, gemeinsam mit den bürgerlichen Pazifisten, dazu bei, daß gerade auch angesichts der zu erwartenden Auseinandersetzung auf dem Bauplatz, die breiten Massen sich nicht kurzerhand zur Besetzung entschlossen. Zweifellos gab es auch Skepsis über die Möglichkeiten der Besetzung, denn schon einmal waren die Brokdorfer schmählich verraten worden, als sie den Bauplatz gemeinsam mit anderen besetzten: Der KBW hatte damals dazu aufgerufen, den Platz zu räumen und hatte damit die Front geschwächt, so daß die Polizei bei der Räumung leichteres Spiel hatte.

Die Truppen des Staatsapparates nutzten die jetzige Situation sofort aus. Links und rechts der Demonstrantenmenge wurden große Polizei- und, inzwischen zur Verstärkung eingetroffene, Bundesgrenzschutztruppen zusammengezogen, um gewaltsam gegen die Demonstranten vorzugehen. Die Partei rief angesichts dessen, um die zum großen Teil unbewaffneten Demonstranten vor einem Angriff der schwer bewaffneten Truppen zu schützen, zu einem disziplinierten und geordneten Rückzug auf. Der KBW nutzte dies sogleich, um mit seinen Leuten davonzulaufen.

Die Partei aber ergriff die Initiative, bildete einen geordneten Demonstrationszug, zog in einem großen Kreis um das Feld, um allen die Möglichkeit zu geben, sich einzureihen und nicht schutzlos zurückzubleiben. Wie richtig dies Vorgehen war, zeigte sich daran, daß Gruppen von Demonstranten, die trotz aller Warnungen zurückblieben, sofort von den Truppen angegriffen wurden. Auch auf das Ende des Demonstrationszuges gingen Truppen los, stießen aber auf den erbitterten Widerstand der Partei, die dem Demonstrationszug Rückendeckung gab.

Wir kommen wieder!

Als die Tausenden Demonstranten abzogen, riefen sie immer wieder drohend in Sprechchören: „Wir kommen wieder!" Trotz des notwendigen Rückzuges war der Kampfgeist ungebrochen. Als der Zug unterwegs z.B. auf einen einzelnen Panzerspähwagen des Bundesgrenzschutzes stieß, wurde dieser kurzerhand mit vereinten Kräften in den Graben gekippt. Die Grenzschützer trauten sich nicht, ihren Panzerwagen zu verlassen.

Auf der Abschlußkundgebung, die auf dem Sportplatz von Wevelsfleeth stattfand, betonte ein Redner der Partei, daß dieser Kampftag in Brokdorf ein wichtiger Erfolg war, auch wenn die Besetzung des Bauplatzes nicht errungen werden konnte. Denn es hat sich gezeigt, daß der Kampf auch dann mit Erfolgen geführt werden kann, wenn die Bourgeoisie ein ganzes Heerlager aufbietet. Daß in die als bombensicher geltende Festung des Bauplatzes trotz brutalstem Terror der Polizei eine Bresche geschlagen werden konnte. Die Massen der Demonstranten sind nicht resigniert, sondern ermutigt worden, den Kampf revolutionär zu führen, sich den Bauplatz gegen die brutale Gewalt des Staatsapparates mit gerechter Gewalt zu erobern. Wird es zu weiteren Kampfaktionen kommen, so ist eines gewiß: je mehr der Pazifismus bekämpft wird, je klarer der Trennungsstrich zur Kapitalistenklasse und ihrem Staatsapparat gezogen wird, desto größere Erfolge werden errungen werden. Die Partei wird dabei den Brokdorfern zur Seite stehen und stets bereit sein, an der Spitze für ihre Interessen, für die Interessen aller Werktätigen den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihren Staatsapparat zu führen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

KPD/ML



DAS BOLLWERK

Kommunistische Betriebszeitung für die Arbeiter und Angestellten der HDW

Interview mit dem entlassenen HDW-Kollegen Reinhard

„Bollwerk": Kollege Reinhard, du hast dich an uns gewandt und berichtet, daß HDW dir gekündigt hat, was für einen Grund haben die angegeben?

Reinhard: Kündigungsgrund ist angeblicher Arbeitsmangel.

„Bollwerk": Vermutest du einen anderen Grund? Wenn ja, welchen?

Reinhard: Wie ihr ja auch wißt, habe ich vor kurzem eine Verwarnung bekommen, weil ich auf der Werft fotografierte. Und zwar keine geheimen Geräte oder Kriegsmaterial, sondern den Polizeieinsatz gegen die Arbeiter und Roten Betriebsräte im September am Container. HDW vermutet nun, daß ich die Bilder ans „Bollwerk" weitergegeben habe. Es ist der Direktion peinlich, daß ihre Terrormethoden, den „Betriebsfrieden" aufrechtzuerhalten, einer größeren Öffentlichkeit auch mit Fotos vor Augen geführt werden. Eigentlich war es schon erstaunlich, daß ich nicht sofort gekündigt wurde. Gleich nach dem Fotografieren sind mir nämlich zwei Betriebsräte von der reaktionären Böhm-Garde auf die Bude gerückt. Sie wollten von mir Geständnisse rausholen und mich und meine Kollegen, die dabeistanden, einschüchtern. Da landeten sie aber auf dem Bauche. Sie rückten unverrichteter Dinge wieder ab. Man kann sehen, welche Angst HDW und der IGM-Betriebsrat haben, irgendwo Staub aufzuwirbeln. Der geschlossene Kampf der Kollegen am Container hat ihnen bis heute wohl noch den Schrecken in die Glieder fahren lassen. Nun meinen sie, daß Gras über die Sache gewachsen ist und sie klammheimlich kämpferische Kollegen rausschmeissen können. Mir war klar, daß auch ich auf ihrer schwarzen Liste stand.

„Bollwerk": Was bezweckte HDW mit deinem Rausschmiß, Kollege?

Reinhard: Ich bin der Meinung, daß die HDW-Kapitalisten vor den fortschrittlichen Kollegen und den Kommunisten mächtige Angst haben. Jetzt versuchen sie, „ihren" Betrieb zu säubern. Es hat sich doch gezeigt, daß ein ziemlich großer Teil der Belegschaft die Roten Betriebsräte als seine Interessenvertreter betrachtet. Nachdem sie die Vier entlassen haben, meinen sie, nun auch andere Kollegen und Kommunisten rausschmeißen zu können. Damit wollen sie die gesamte Belegschaft einschüchtern und dem Kampf die Spitze nehmen. Nicht umsonst hat Alfred Prezewowski auf der VLK-Sitzung zum Sturm gegen die fortschrittlichen und kommunistischen Kollegen geblasen.

„Bollwerk": Warum unterstützt du die vier Roten Betriebsräte, Kollege Reinhard?

Reinhard: Weil sie sich immer ganz klar und kompromißlos auf die Seite von uns Kollegen gestellt haben. Durch das mutige Auftreten von Bernd auf der Betriebsversammlung, wo die Bestechlichkeit des IGM-Betriebsrats am Beispiel von Haci Dinc nachgewiesen wurde und durch die eigene Unbestechlichkeit der Roten Betriebsräte haben sie dem reaktionären IGM-Betriebsrat um Otto Böhm einen ganz gewaltigen Schrecken eingejagt, weil dadurch ja gerade der Unterschied zwischen Rotem- und IGM-Betriebsrat klar wurde. Die Roten sind auf der Seite der Kollegen, die von der IGM auf Seiten der Direktion! So kam es soweit, daß Böhm & Co. auf geheimen Vorbereitungssitzungen, ohne die vier Roten Betriebsräte, sich für Betriebsratssitzungen abstimmen mußten. Die Roten Betriebsräte haben ganz konkret die Interessen der Kollegen vertreten. Sie prangerten Otto Böhms Schlägerei an und verlangten auf der Betriebsratssitzung, Maßnahmen dagegen zu unternehmen. Sie setzten sich für eine Fülle von Forderungen aus der Belegschaft ein, die zum Teil durch das geschlossene Auftreten von Kollegen und Roten Betriebsräten auch zum Erfolg führten.

„Bollwerk": Wie haben Deine Kollegen die Entlassung aufgenommen? Was willst du in Zukunft machen?

Reinhard: Auch meinen Kollegen, die ja schon den Besuch der zwei reaktionären Betriebsräte miterlebt hatten, war sofort klar, daß die Entlassung nur mit meinem Eintreten für die Roten Betriebsräte zusammenhing. In unserer Kolonne kann von Arbeitsmangel überhaupt nicht die Rede sein. Für mich geht es nun darum, mit den Kollegen zusammen den Kampf für die Wiedereinstellung zu führen. Ich werde auch, ohne falsche Illusionen, einen Arbeitsgerichtsprozeß gegen die Kündigung führen. Mir geht es dabei auch darum, die HDW-Bonzen und den Betriebsrat, der der Kündigung ja schließlich nur zu gerne zustimmte, zu zwingen, daß sie zugeben, daß es sich bei meiner Entlassung um eine politische Entlassung handelt. Einmal mehr habe ich erfahren, daß wir einzeln schwach, gemeinsam aber stark sind. Nur unser revolutionärer Zusammenschluß in der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) kann unseren Kampf geschlossen und erfolgreich machen!

Brokdorf
ÖTV unterstützt Gegendemonstration

Am 5. November, also wenige Tage nachdem zum ersten Mal die Baustelle des geplanten Atomkraftwerks Brokdorf zum Schauplatz des erbitterten, militanten und mutigen Kampfes Tausender von Bauern, Arbeitern, anderer Werktätiger und Jugendlicher für die Verteidigung elementarer Interessen des Volkes geworden war, fand dort eine sogenannte „Gegendemonstration" statt. Die „Demonstranten" waren Belegschaftsmitglieder der Nordwestdeutschen Kraftwerke, die auf Befehl ihrer Vorgesetzten „demonstrierten". Die Zeit bekamen sie als „bezahlten Urlaub" vergütet. Sie trugen Schilder mit Aufschriften wie: „Wir sind für den Kraftwerksbau!"; und „Es geht um unsere Arbeitsplätze". An der Spitze des Umzuges marschierten Bonzen des Betriebsrates der Nordwestdeutschen Kraftwerke und der Gewerkschaft ÖTV.

Der DGB-Apparat versucht schon lange, den Kampf der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes gegen die skrupellose Zerstörung, Vergiftung und Verseuchung unserer Umwelt durch das Monopolkapital als „Maschinenstürmerei" zu diffamieren und die Lüge glaubhaft zu machen, dieser Kampf bedrohe die Arbeitsplätze bzw. er sei gegen die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gerichtet. Wie im Lohnkampf, so versuchen sie auch an dieser Front, die Angst vor der Arbeitslosigkeit auszunutzen, um die Massen einzuschüchtern und davon abzuhalten, für ihre elementaren Interessen zu kämpfen.

In Wahrheit haben die Zerstörung unserer Umwelt und die Arbeitslosigkeit eine gemeinsame Wurzel: skrupellose Jagd nach Höchstprofiten; das menschenfeindliche kapitalistische System, das die Technik nicht zur Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen, nicht zur Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen, sondern einzig und allein im Profitinteresse der Kapitalisten einsetzt.

Den Gewerkschaftsbonzen geht es nur darum, den Kapitalisten bei der Erhöhung ihrer Profite, Hilfe zu leisten, und den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Sie sind üble Demagogen, die das werktätige Volk voller Zynismus belügen und betrügen.

Aber in Brokdorf haben die großartigen Kämpfe von Zehntausenden Werktätigen gezeigt, auf welcher Seite der Barrikade die Gewerkschaftsbonzen stehen. Und genauso isoliert von den werktätigen Massen wie in Brokdorf werden sie eines Tages an sämtlichen Fronten des Klassenkamfes dastehen und jeder wird sagen: Seht nur was für abscheuliche Lakaien und Volksfeinde das sind.

Diskutiert den Programmentwurf der KPD/ML!

Soeben ist die Nummer 4 des theoretischen Organs unserer Partei „Der Weg der Partei" erschienen. Sie enthält den Entwurf zum Programm der KPD/ML. Die auf Beschluß des Zentralkomitees erfolgte Veröffentlichung des Programmentwurfs ist für unsere Partei, für die revolutionäre Bewegung und die Arbeiterklasse unseres Landes von weitreichender Bedeutung. Der Programmentwurf unserer Partei faßt die Grundlagen des Marxismus-Leninismus, die Lehren aus der Geschichte der internationalen und der deutschen Arbeiterbewegung zusammen, verteidigt sie entschieden gegen ihre vollständige Verfälschung durch den modernen Revisionismus und wendet sie auf die konkreten Bedingungen der proletarischen Revolution in Deutschland, die im Zusammenhang mit der internationalen Lage analysiert werden, an. Der Programmentwurf weist damit der Arbeiterklasse und den werktätigen Massen Deutschlands den einzigen Weg ihrer Befreiung aus der kapitalistischen Lohnsklaverei: den Weg der gewaltsamen sozialistischen Revolution und der Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in beiden deutschen Staaten, des Kampfes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland und der Weiterführung der Revolution bis zum weltweiten Triumph des Kommunismus.

Nur der wissenschaftliche Sozialismus kann die Grundlage für das Programm der kommunistischen Partei sein

„Das Programm unserer Partei hat den wissenschaftlichen Sozialismus, den Marxismus-Leninismus, die unvergänglichen Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung und Enver Hoxha zur Grundlage." So heißt es in der Einleitung zum Programmentwurf unserer Partei. Nur auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus lassen sich die konkreten taktischen und strategischen Fragen der Revolution in einem Land lösen. Das Programm der kommunistischen Partei kann deshalb keine einfache Widerspiegelung der spontanen Arbeiterbewegung bzw. keine einfache Zusammenfassung der Forderungen der spontanen Bewegung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen sein. So wie es die Aufgabe der kommunistischen Partei ist, als Vorhut der Arbeiterklasse der Arbeiterbewegung und dem Kampf der werktätigen Massen Ziel und Richtung zu weisen, so ist es die Aufgabe des Programms der kommunistischen Partei, der Arbeiterbewegung eine wissenschaftliche Grundlage zu geben. Das Programm der kommunistischen Partei kann darum auch nicht von einer bestimmten aktuellen politischen Situation – z.B. von der Frage des Hegemoniestrebens und der Aggressionspolitik der beiden Supermächte – aus entwickelt werden. Es muß vielmehr alle Fragen analysieren, indem es vom Wesen des Kapitalismus und Imperialismus, von den grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung, vom Klassenkampf als Haupttriebkraft dieser Entwicklung und von der sozialistischen Revolution bis zur weltweiten Verwirklichung des Kommunismus als grundlegendem Ziel der Arbeiterbewegung ausgeht.

Andererseits kann das Programm der kommunistischen Partei nicht einfach eine Zusammenfassung der allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus sein. Deshalb heißt es in der Einleitung des Programmentwurfs weiter: *„Es* (das Programm unserer Partei – RM) *wendet den Marxismus-Leninismus als revolutionäre Methode zur Erkenntnis der Wirklichkeit und ihrer revolutionären Umgestaltung schöpferisch auf die konkreten Bedingungen in Deutschland an."* Der Programmentwurf unserer Partei ist keine abstrakte theoretische Abhandlung, sondern eine Kampfansage an die Bourgeoisie, an den westdeutschen Imperialismus und den USA-Imperialismus, an den russischen Sozialimperialismus und die neue Bourgeoisie in der DDR. Es ist ein konkretes Kampfprogramm für die Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, für die gewaltsame sozialistische Revolution und die Errichtung bzw. Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats in beiden deutschen Staaten, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland und für die Weiterführung der Revolution bis zum Kommunismus.

Der Programmentwurf ist eine scharfe Waffe im Kampf gegen den modernen Revisionismus und alle anderen Strömungen des Opportunismus

Der von unserer Partei jetzt vorgelegte Programmentwurf erhält dadurch besondere Bedeutung, daß er das erste marxistisch-leninistische Programm seit dem Aufkommen des modernen Revisionismus in Deutschland ist. Deshalb stellte sich bei der Erarbeitung des Programmentwurfs für unsere Partei in besonderer Schärfe die Aufgabe, den Marxismus-Leninismus kompromißlos gegen die vollständige Verfälschung durch den modernen Revisionismus zu verteidigen. Dabei stützt sich unsere Partei auf den prinzipienfesten Kampf, den vor allem die Kommunistische Partei Chinas unter der Führung des Genossen Mao Tsetung und die Partei der Arbeit Albaniens unter der Führung des Genossen Enver Hoxha gegen den Chruschtschow-Revisionismus führten; denn die Dokumente des Kampfes der albanischen und chinesischen Genossen gegen den Chruschtschow-Revisionismus stellen eine Zusammenfassung der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung dar.

Der Programmentwurf zeigt die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und den anderen revisionistischen Ländern, die Zerschlagung der Diktatur des Proletariats und ihre Ersetzung durch sozialfaschistische Diktaturen der neuen Bourgeoisien über die Arbeiterklasse und die Werktätigen in diesen Ländern und die Entwicklung der Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht auf. Er analysiert insbesondere die Restauration des Kapitalismus und die Zerschlagung der Diktatur des Proletariats in der DDR sowie die revisionistische Entartung von SED, SEW und KPD.

SED, SEW und D„K"P werden als Agenturen der Bourgeoisie und des russischen Sozialimperialismus in der Arbeiterbewegung entlarvt. Insbesondere verteidigt der Programmentwurf die marxistisch-leninistische Auffassung von der Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats gegen die Angriffe des modernen Revisionismus. Er entlarvt die Ideologie des modernen Revisionismus vom friedlichen Übergang zum Sozialismus als Versuch, die Arbeiterklasse vom revolutionären Kampf abzuhalten, sie politisch, organisatorisch und militärisch zu entwaffnen, um dem Faschismus den Weg zu bereiten. Er brandmarkt die revisionistischen Parteien als Wegbereiter des Faschismus und als sozialfaschistische Parteien. So entlarvt der Programmentwurf umfassend und allseitig das konterrevolutionäre, antikommunistische Wesen des modernen Revisionismus und stellt eine scharfe Waffe im Kampf gegen ihn dar.

Der Programmentwurf gibt eine marxistisch-leninistische Einschätzung der internationalen Lage

Bei der Einschätzung der internationalen Lage geht der Programmentwurf unserer Partei davon aus, daß Lenins Analyse unserer Epoche als der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution trotz der bedeutenden Veränderungen, die die internationale Lage seit Lenin erfahren hat, nach wie vor vollständige Gültigkeit besitzt. Dementsprechend wird im Programmentwurf die gegenwärtige Lage in der Welt, die vor dem Hintergrund und im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus gesehen werden muß, aus der Entwicklung der von Lenin analysierten grundlegenden Widersprüche dieser Epoche abgeleitet. Die vier grundlegenden Widersprüche der heutigen Welt werden im Programmentwurf klar bestimmt:

* *„Der Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus (besonders den beiden imperialistischen Supermächten) andererseits;*
* *der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den kapitalistischen (einschließlich der revisionistischen) Ländern;*
* *Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten;*
* *der Widerspruch zwischen den sozialistischen Ländern und dem Imperialismus (einschließlich dem Sozialimperialismus)."* (S. 33/34)

Der Programmentwurf unserer Partei beschränkt sich dabei keineswegs darauf, diese grundlegenden Widersprüche in ihrer allgemeinen Form aufzuzählen, sondern gibt auch klar an, wie die gegenwärtige konkrete Ausformung dieser Widersprüche aussieht. Das ist absolut notwendig, um nicht nur den allgemeinen Charakter unserer Epoche, sondern auch die konkrete gegenwärtige Lage in der Welt vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus analysieren zu können. So wird zum Beispiel unter den zwischenimperialistischen Widersprüchen besonders auf den Widerspruch zwischen den beiden imperialistischen Supermächten eingegangen, weil von der Rivalität der beiden imperialistischen Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg ausgeht. In den Ausführungen über den Widerspruch zwischen den unterdrückten Völkern und Nationen einerseits und dem Imperialismus (besonders den beiden imperialistischen Supermächten) andererseits wird hervorgehoben, daß *„die weiten Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas zu Sturmzentren der Weltrevolution geworden"* sind usw.

Der Programmentwurf unserer Partei unterstreicht und bekräftigt die von den chinesischen Genossen im Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus konsequent verteidigte Auffassung: *„Diese Widersprüche und die Kämpfe, die sie verursachen, sind miteinander verbunden und beeinflussen einander. Keinen dieser grundlegenden Widersprüche darf man verwischen, noch nach eigenem Gutdünken einen Widerspruch an die Stelle eines anderen setzen."* (S. 34) Der Programmentwurf unserer Partei verwirft damit alle Konzepte, die versuchen, die aktuelle Lage in der Welt von den grundlegenden Widersprüchen zu lösen, bestimmte Widersprüche, etwa den zwischen Proletariat und Bourgeoisie oder zwischen Sozialismus und Imperialismus zu leugnen und andere zu verwischen.

Der Programmentwurf bestimmt klar die Grundlagen und den Weg der sozialistischen Revolution in Deutschland

Der Programmentwurf bestimmt klar: *„In der Deutschen Bundesrepublik, in Westberlin und in der DDR lastet auf der Arbeiterklasse und allen Werktätigen das Joch der kapitalistischen Ausbeuterordnung. In ganz Deutschland befindet sich der Kapitalismus im Stadium des Imperialismus. In ganz Deutschland hat die historische Entwicklung so die sozialistische Revolution, die Errichtung bzw. in der DDR die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats als strategisches Ziel der Arbeiterklasse unmittelbar auf die Tagesordnung gesetzt. Der Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist sowohl in der Bundesrepublik und in Westberlin, als auch in der DDR der Hauptwiderspruch, der alle anderen gesellschaftlichen Widersprüche bestimmt. Nur durch die gewaltsame sozialistische Revolution kann sich die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, in Westberlin und in der DDR von Ausbeutung und Unterdrückung befreien und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland errichten."* (S. 107)

Auf der Grundlage einer Analyse der Klassen der Gesellschaft in der DDR und in der Bundesrepublik und Westberlin schätzt der Programmentwurf die Kräfte der Revolution und der Konterrevolution ein. Er betont, daß die Arbeiterklasse die konsequent revolutionäre Klasse ist, die berufen ist, alle anderen Klassen und Schichten des werktätigen Volkes zu führen. In der Klassenanalyse wird nachgewiesen, daß die sozialistische Revolution in beiden deutschen Staaten und in Westberlin den Interessen der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Gleichzeitig erteilt der Programmentwurf den modernen Revisionisten und allen anderen Opportunisten, die die Einheit mit der Bourgeoisie oder mit Teilen der Bourgeoisie predigen, eine scharfe Absage, indem er unmißverständlich feststellt: *„In einem imperialistischen Land wie Westdeutschland ist die Bourgeoisie auf der ganzen Linie reaktionär."* (S. 138) Und: *„Die neue Bourgeoisie insgesamt ist nach dem russischen Sozialimperialismus der zweite Todfeind der sozialistischen Revolution in der DDR."* (S. 150)

Der Programmentwurf hebt hervor, daß die Arbeiterklasse, um in der sozialistischen Revolution siegen zu können, von einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei geführt werden muß, daß sie sich mit den anderen Klassen und Schichten des werktätigen Volkes in einer breiten Einheitsfront zusammenschliessen muß, daß die Bewaffnung des Volkes und die Schaffung einer revolutionären Armee eine weitere Grundvoraussetzung für den Sieg der sozialistischen Revolution ist.

Der Programmentwurf unserer Partei gibt so auf alle strategischen und die wichtigen taktischen Fragen der sozialistischen Revolution in Deutschland eine klare marxistisch-leninistische Antwort. Er ist Ausdruck und Ergebnis des scharfen ideologischen Kampfes, den unsere Partei seit ihrer Gründung gegen den modernen Revisionismus und alle Strömungen des Opportunismus geführt hat.

Wir werden in weiteren Artikeln im „Roten Morgen" auf wichtige Fragen, die im Programmentwurf behandelt werden, eingehen. Unsere Partei veröffentlicht den Programmentwurf vor seiner Verabschiedung durch den 3. Parteitag, um allen fortschrittlichen Arbeitern, allen Revolutionären Gelegenheit zu geben, Kritik zu üben und Verbesserungsvorschläge zu machen. In der Einleitung zum Programmentwurf ruft das Zentralkomitee unserer Partei auf: *„Das Zentralkomitee der KPD/ML wendet sich mit seinem Programmentwurf an alle Werktätigen in Deutschland, besonders an den fortschrittlichen, revolutionären Teil der Arbeiterklasse, mit der Bitte, aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse diesen im Sinne der Erreichung unseres gemeinsamen Kampfzieles, eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands zu verbessern."*

Bestellt den Programmentwurf der KPD/ML

Inhalt

* Der Kapitalismus, sein Wesen, sein notwendiger Untergang
* Die allgemeine Krise des Kapitalismus und die Entwicklung der Weltrevolution
* Das Endziel: Der Kommunismus
* Der Sozialismus
* Die Agenturen des Kapitals im Lager der Arbeiterklasse
* Grundlagen der Revolution in Deutschland
* Der Weg zum Ziel
* In der siegreichen Revolution wird die Arbeiterklasse folgendes Programm verwirklichen...

Erschienen im Verlag Roter Morgen

188 Seiten
Kartoniert
Preis: 4,-DM

Bestellungen an:
GEWISO-Buchvertrieb
2 Hamburg 11
Postfach
11 16 49.
PschKto Hmb
193572 - 207.
Tel.:
040/4101736

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Der Weg der Partei

Theoretisches Organ der KPD/Marxisten Leninisten Nr. 4 1976

PROGRAMM DER KPD/ML (Entwurf)

Berufungsprozeß gegen den Roten Morgen

Je 3 Tage Ordnungshaft gegen die Genossen

Nach drei Verhandlungstagen hat die bürgerliche Klassenjustiz im Prozeß gegen den „Roten Morgen" ihr wahres Gesicht gezeigt. Je drei Tage Ordnungshaft wegen ihrer revolutionären Prozeßführung für die Genossen Dieter Stoll und Gernot Schubert, brutaler Polizeiterror gegen die Genossen auf Anordnung der Richterin Porath. Allerdings ist der Richterin durch den Kampf gegen diesen Prozeß auch der Schreck in die Glieder gefahren. In der bürgerlichen Presse war zu lesen, daß sie wegen ständiger Telefonanrufe und Flugblattverteilung in ihrem Wohnviertel sowohl ihr Amtszimmer im Landgericht als auch ihre Wohnung fluchtartig gewechselt hat.

Mit Störversuchen und Ablenkungsmanövern am ersten Verhandlungstag konnte die revolutionäre Prozeßführung der angeklagten Genossen nicht durchkreuzt werden (vgl. RM 45/76). Punkt für Punkt lieferten die Genossen Gernot Schubert und Dieter Stoll den Wahrheitsbeweis über die für den Tod unseres Genossen Günter Routhier Verantwortlichen und den darauf einsetzenden Polizei- und Justizterror. Diese Schlappe wollte das Gericht am zweiten Verhandlungstag wieder auswetzen. Die erste Ordnungsstrafe richtete sich gegen den Genossen Dieter, weil er die Verlogenheit der richterlichen „Beweisaufnahme" entlarvte. Bevor der Genosse und sein Rechtsanwalt hierzu Stellung nehmen konnten, stürzten ca. 10 bewaffnete und uniformierte Polizisten auf ausdrückliche Anordnung der Richterin Porath auf den Genossen, verdrehten ihm die Arme, schlugen auf ihn ein und schleppten ihn durch einen Extraausgang in ein Treppenhaus, daß völlig von anderen Gebäudeteilen abgetrennt ist. Hinter verschlossenen Türen drangen die Schreie und das Klatschen der Schläge bis in den Gerichtssaal.

Die zynische Antwort der hierfür verantwortlichen Richterin an Genossen Gernot, der dies anprangerte: „Haben Sie denn was gesehen?" Im Dunkel unterirdischer Tunnel wird der Genosse Dieter in das Gefängnis zwei Straßenzüge weiter gebracht. Nun wird allen klar, daß dieser Terror wohlvorbereitet war: nur der Schwurgerichtssaal bietet diese Möglichkeiten der Sonderbehandlung.

Ähnlich die Situation am dritten Verhandlungstag: bevor das Gericht die „Beweisaufnahme" mit den wiederum geladenen Polizeizeugen fortsetzen kann, prangern die angeklagten Genossen noch einmal das gewaltsame Vorgehen von Gericht und Polizei an. Als der Genosse Gernot hierbei besonders die Verantwortung der Richterin Porath herausstellt und diese sich nicht mehr zu rechtfertigen weiß, muß auch er für drei Tage in Ordnungshaft.

Diese Entwicklung ist nicht zufällig: Sie zeigt den Versuch der Bourgeoisie, die Unterdrückung der Wahrheit über den Tod des Genossen Günter Routhier und den darauffolgenden Polizei- und Justizterror weiter voranzutreiben. Das ist ihre Reaktion auf den Kampf der Partei, die in den letzten 2 1/2 Jahren zunehmend und gerade mit Hilfe ihres Zentralorgans diese Wahrheit breit unter die werktätigen Massen getragen hat. Das allzu durchsichtige Lügengebäude von der „Spontanblutung", die zum Tod unseres Genossen Günter geführt haben soll, ist aufgrund des erfolgreichen Kampfes der Partei völlig zusammengebrochen, wie der letzte Beschluß des Oberlandesgerichts Düsseldorf zeigt.

Das hat die Bourgeoisie mit ihrer Klassenjustiz empfindlich getroffen. Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Gewaltmitteln versucht sie daher, die Prozeßführung der Genossen zu unterbinden, sie mundtot zu machen. Entweder sollen sie mit Hilfe von Ordnungshaft und Polizeiterror zum Schweigen gebracht werden oder ganz vom weiteren Verfahren ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus plant der Staatsanwalt bereits wegen der Vorfälle im Gericht eine neue Anklage gegen Genossen Dieter. Dabei unterstützt die bürgerliche Presse mit ihrer Hetze den Terror im Gericht, indem sie den Genossen verleumdet und ihm vorwirft, er habe dem Staatsanwalt mit individuellem Mordterror gedroht. So werden die Tatsachen verdreht, wenn wir sagen, auch die Richter und Staatsanwälte werden in der sozialistischen Revolution ihre gerechte Strafe bekommen.

Weil die Genossen bereits am ersten Verhandlungstag die unwiderlegbaren Tatsachen auf den Tisch gebracht haben, hat Genosse Dieter nach der Verhaftung des Genossen Gernot am dritten Verhandlungstag erklärt, daß sie kein weiteres Mal vor diesem Klassengericht auftreten würden.

Trotz der sich häufenden Terrorurteile, bis zu zwei Jahren Gefängnis, ist es der Bourgeoisie in keinem Prozeß gegen Genossen unserer Partei gelungen, sie von ihrer revolutionären Gesinnung abzubringen, ihre Verteidigung zu durchkreuzen, mit der der Angeklagte zum Ankläger gegen die Verbrechen des kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückersystems wird. Diese Art der revolutionären Prozeßführung ist der Bourgeoisie ein Dorn im Auge, die das Klassengericht im Berufungsprozeß gegen den „Roten Morgen" zu seinem terroristischen Vorgehen veranlaßt.

Die Partei und die RHD haben sofort damit begonnen, die Wahrheit über diesen Terror unter die Massen zu tragen. Mit Flugblättern, Kundgebungen und Hausbesuchen wurde der Prozeß vom Gerichtssaal dahin verlegt, wo die Partei und die angeklagten Genossen ihre Verteidigung am wirksamsten führen können: in die Arbeiterviertel von Dortmund wie Scharnhorst und vor die Großbetriebe wie Hoesch und die Dortmunder Zechen.

Spenden
zur Unterstützung der „Roter Morgen"-Prozesse
bitte einzahlen auf die Konten:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

KPD/ML-Spendenkonto
PSchKto Nr. 64 20 – 467
PSchA Dortmund
Stichwort: SOLIDARITÄT

10 Monate Gefängnis ohne Bewährung

Terrorurteil gegen die Rote Hilfe Deutschlands

Nach zwei Verhandlungstagen vor dem Schöffengericht Dortmund wurde Genosse Dieter Kwoll, presserechtlich Verantwortlicher für die RHD-Zeitung, wegen „Beleidigung" und „Verächtlichmachung des Staates" in vier Zeitungen aus dem Jahre 1975 und einer Zeitung aus dem Jahre 1976 zu 10 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

Die RHD-Zeitung hatte in den Ausgaben, die wegen „Beleidigung der Duisburger Polizei" verurteilt wurden, über den Terror von Polizei und Justiz bei der Unterdrückung und Vertuschung der Wahrheit über den Mord an unserem Genossen Günter Routhier berichtet. Die RHD hatte zur Solidarität mit den Kämpfern der Partei und anderen fortschrittlichen Organisationen aufgerufen, die wegen der Verbreitung der Wahrheit über den Polizeimord und über den wirklichen Charakter des Staates und seiner Polizei in einer riesigen Prozeßwelle vor die bürgerliche Klassenjustiz gezerrt worden waren. So lautete die Überschrift einer Zeitung „2 Jahre Verfolgung der Wahrheit", was dann unter anderem zu dem Verfahren gegen Genossen Dieter Kwoll führte. Wie sehr die Bourgeoisie den aktiven Kampf der RHD um die Solidarität, besonders mit Kommunisten, fürchtet, zeigt dieser Prozeß an einem anderen Punkt deutlich:

Die RHD hatte über einen „Roter-Morgen"-Prozeß geschrieben: „Der ‚Rote Morgen' übt Kritik nicht, um den Kapitalismus zu verbessern, sondern um die Massen zur revolutionären Erhebung gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufzurütteln". Und zum Urteil (Gefängnisstrafe gegen den „Roten Morgen"): „Das Urteil verbietet es, die Bundesrepublik einen ‚Ausbeuterstaat' zu nennen, es bedroht denjenigen mit Strafe, der aufdeckt, daß sich hinter der angeblichen ‚Demokratie' in Wirklichkeit eine Diktatur des Kapitals gegen die Werktätigen verbirgt, die mit Polizei- und Justizterror aufrechterhalten wird." Die bürgerliche Klassenjustiz verurteilte diesen Prozeßbericht als „Verächtlichmachung des Staates", um den Aufruf zur Solidarität mit den angeklagten Genossen Gernot Schubert und Karin Wagner zu verhindern. Genosse Dieter entlarvte diese Machenschaften der Justiz in seiner Prozeßführung. Er machte den Zuhörern klar, die zahlreich – und viele zum ersten Mal – zum Prozeß gekommen waren, daß die kämpferische revolutionäre Solidarität der Massen die einzige Waffe ist, mit der Erfolge im Kampf gegen den Terror der bürgerlichen Klassenjustiz errungen werden können. Gestützt auf diese Solidarität wies er den Angriff auf die Arbeit der RHD zurück, propagierte die Arbeit der RHD am Beispiel seines Prozesses und verteidigte die Wahrheit über den Mord an unserem Genossen Günter Routhier.

„Die Wahrheit interessiert hier nicht!", das wir die Überschrift eines angeklagten Artikels in der RHD-Zeitung, und das war auch die Wirklichkeit in diesem Prozeß. In der Beweisaufnahme hatten die Genossin Anna Schulte als Augenzeugin über den Polizeiterror beim Trauermarsch und der Genosse Pit Routhier als Augenzeuge über den Polizeimord an seinem Vater ausgesagt. Die Aussagen erwähnte der Vorsitzende des Schöffengerichts nicht einmal in der Urteilsbegründung. Die Prozeßführung des Genossen, der Ablauf des Prozesses und das Gesinnungsurteil haben den Zuhörern eindringlich und überzeugend die Notwendigkeit der Arbeit der RHD für den Aufbau einer breiten proletarischen Solidaritätsfront gegen die zunehmende Faschisierung in der Deutschen Bundesrepublik gezeigt.

Solidaritätserklärung des Kommunistischen Einheitsbundes Islands (Marxisten-Leninisten)

Liebe Genossen!

Die isländischen Kommunisten, Arbeiter und fortschrittlichen Menschen haben schon seit einiger Zeit die Berichte darüber verfolgt, wie die Bundesregierung unsere Waffenkameraden in Deutschland mit Prozessen und anderen Angriffen verfolgt.

Diese Angriffe sind ein wütender Versuch, nicht nur die allgemeinen demokratischen Rechte des Volkes zu untergraben und zu vernichten, sondern auch den siegreichen Kampf und andauernden Fortschritt der deutschen Arbeiterklasse, der werktätigen Massen und ihrer Vorhutpartei, der KPD/ML. Der Staat der deutschen Monopolbourgeoisie zeigt sein wahres Gesicht der Unterdrückung, in der Furcht vor der proletarischen sozialistischen Revolution und dem Kampf der Massen.

Aber selbst der stärkste bürgerliche Staat und der offene Faschismus können den Klassenkampf und die Revolution weder aufhalten noch beseitigen, weil für jedes Opfer der Unterdrückung viele neue Genossen in die Reihen der kämpfenden Armee eintreten.

Der EIK (m-l) in Island erklärt seine vollste Solidarität mit der KPD/ML mit Genossen Ernst Aust an der Spitze, mit allen anderen fortschrittlichen Organisationen, die von den juristischen Verfolgungen betroffen sind und mit der kämpfenden Arbeiterklasse und den Massen in Deutschland – in der Bundesrepublik und in der DDR.

EIK (m-l) sendet brüderliche Grüße an alle inhaftierten Genossen und die anderen, die von der Unterdrückung getroffen sind.

EIK (m-l) und die fortschrittlichen Menschen in Island fordern Freiheit für alle politischen Gefangenen in Deutschland, einen sofortigen Stopp der Prozesse und der Gesetzesänderungen, die im Widerspruch zum demokratischen Recht stehen oder dieses einschränken, sowie die Aufhebung der Strafen gegen die Verantwortlichen des „Roten Morgen" und verschiedener anderer Publikationen.

Nehmt unsere brüderlichen und kommunistischen Grüße entgegen!

ZK des EIK (m-l).

Prozeßtermine

In dieser und in der nächsten Woche finden drei Prozesse gegen die Roten Betriebsräte von Klöckner-Humboldt-Deutz Köln und gegen den Roten Betriebsrat von Mannesmann/Düsseldorf in Köln statt. In diesen Prozessen geht es darum, ob die Roten Betriebsräte im Betriebsrat und im Betrieb bleiben, ja sogar, ob sie ins Gefängnis kommen. Am 19. 11. findet die Berufungsverhandlung gegen die Kündigung des Roten Betriebsrats von Mannesmann statt. Am 25. 11. verhandelt das Arbeitsgericht über den Antrag der reaktionären IGM-Betriebsräte, die die zwei Roten Betriebsräte von KHD aus dem Betriebsrat ausschließen wollen. Am 22. 11. findet im Amtsgericht ein Prozeß gegen eine Rote Betriebsrätin von KHD statt, weil sie in Köln ein Flugblatt verteilt haben soll und sich gegen ihre Festnahme durch die Polizei gewehrt hat.

Prozeßtermine:

Am 19. 11., Freitag, 12 Uhr, Arbeitsgericht Köln, Aduchstr. 7.

Am 22. 11., Montag, 13 Uhr, Amtsgericht Köln, Apellhofplatz, Zi. 232.

Am 25. 11., Donnerstag, 12 Uhr, Arbeitsgericht Köln, Aduchstr. 7.

Spenden

Auf das Spendenkonto der KPD/ML gingen im Monat Oktober folgende Spenden ein:

1. Spenden für die KPD/ML

5. 10.	Stammtisch Neukölln, Grundsatzerklärung	205,99
5. 10.	Arbeitertreff Bremen, Grundsatzerklärung	30,00
5. 10.	V. R., Iserlohn, Grundsatzerklärung	120,00
6. 10.	Ungenannt, Westberlin, Grundsatzerklärung	600,00
7. 10.	C. S., München, Grundsatzerklärung	50,00
7. 10.	Veranstalt. Bodenseeraum Grundsatzerklärung	37,52
7. 10.	S. B., Saarbrücken	13,50
8. 10.	K. S., Stuttgart, Grundsatzerklärung	10,00
11. 10.	Veranstalt. Ludwigshafen Grundsatzerklärung	1571,75
11. 10.	Veranstalt. Saarbrücken, Grundsatzerklärung	130,60
11. 10.	Veranstaltung Gießen, Grundsatzerklärung	312,65
11. 10.	Veranstalt. Augsburg, Grundsatzerklärung	64,80
11. 10.	OG Reutlingen, Grundsatzerklärung	61,41
12. 10.	OG Frankfurt	996,60
13. 10.	Veranstaltung Frankfurt, Grundsatzerklärung	757,00
14. 10.	P. W., Immenstaad, Grundsatzerklärung	100,00
15. 10.	T. K., Hamburg, Grundsatzerklärung	70,00
19. 10.	RG-Treff, HH-Altona, Grundsatzerklärung	16,00
19. 10.	Arbeitertreff HH-Barmbek Grundsatzerklärung	27,60
20. 10.	Gäste „Altes Sängerheim" Grundsatzerklärung	80,00
25.10.	M. K., Wuppertal	75,00
26. 10.	Veranstaltung Kempten, Grundsatzerklärung	105,00
26. 10.	Arbeitertreff, HH-Altona, Grundsatzerklärung	35,00
26. 10.	Arbeitertreff HH-Altona, Grundsatzerklärung	21,00
27. 10.	OG Darmstadt, Grundsatzerklärung	110,00
27. 10.	Buchladen „Roter Morgen, Westberlin, Grundsatzerklärung	332,80
28. 10.	Buchladen „Roter Morgen", Stuttgart, Grundsatzerklärung	15,60
29. 10.	Skatrunde Saarbrücken, Grundsatzerklärung	17.50
Gesamt		**5967,32**

2. Solidaritätsspenden

1. 10.	W. K., Essen	15,00
1. 10.	S. S., Saarbrücken, für Rote Betriebsräte bei HDW	20,00
7. 10.	Sammlung Westberlin	100,00
8. 10.	H. M., Dortmund	20,00
8. 10.	K. H. K., Worms	30,00
15. 10.	K. S., Stuttgart	30,00
22. 10.	RG Coburg	68,00
Gesamt		**283,00**

3. Sonstige Spenden

1. 10.	N. S., Bremen (PAC)	125,00
5. 10.	Sympathisant aus Bremen (DDR)	10,75
7. 10.	OG Darmstadt (PAC)	222,00
8. 10.	K. S., Stuttgart (Kamb.)	10,00
12. 10.	Veranstaltung in Münster (Roter Morgen)	137,00
28. 10.	Buchladen in Stuttgart (Roter Morgen)	84,40
Gesamt		**589,15**

Wir danken allen Freunden und Genossen für die eingegangenen Spenden.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Unverschämte Provokation des 'GRF-Bruders' Vilar gegen die Volksrepublik Albanien

Wer die Auseinandersetzungen zwischen unserer Partei, der KPD/ML, und der Gruppe Rote Fahne, die Auseinandersetzungen zwischen Marxismus-Leninismus und Opportunismus in den letzten Monaten verfolgt hat, der weiß, wie die Gruppe Rote Fahne aufschreit, wenn unsere Partei zu Recht auch das Brudergrüppchen der GRF in Portugal, den Provokateur Vilar angreift. Wie wahnsinnig schreien die GRF-Führer jedesmal auf, reden gar von „internationalistischen Pflichten", um diese Bande von Provokateuren zu verteidigen und diese GRF-Kumpanen als „Marxisten-Leninisten" hinzustellen. Ja, sie geben Vilar sogar als „Vorbild" aus, dem sie begierig nacheifern. Welchen Kurs diese – nicht zufällig engen – Freunde verfolgen, dafür haben Vilar und Co. ein erneutes Beispiel gegeben.

Kürzlich hat unsere portugiesische Bruderpartei PCP(R), die Kommunistische Partei Portugals (Wiederaufgebaut), den 19. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha, in dem Artikel, Reden und Dokumente des Kampfes gegen den Chruschtschow-Revisionismus enthalten sind, in portugiesischer Sprache veröffentlicht. Ein für den Kampf der portugiesischen Arbeiterklasse wichtiges Ereignis.

Ein gewisser Herr Julio Dias aber – wir haben ihn bereits in der vorletzten Ausgabe vorgestellt: Er ist „ZK"-Mitglied der Vilar-Bande und zugleich – wen wundert es? – Mitglied des Arbeitsministeriums der portugiesischen Bourgeoisie, nahm die Herausgabe des 19. Bandes zum Anlaß, unter dem Pseudonym „JN" in der Zeitschrift „Vida Mundial" (Weltgeschehen) einen Hetzartikel gegen die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze zu verfassen.

So heißt es in dem Artikel des Vilar-Vertreters: „Trotz dieser anerkennenswerten Haltung der fünfziger und sechziger Jahre bezeichnen die Albaner heute, da die Politik der Sowjetunion sich klar als expansionistisch zeigt, da diese Supermacht sich als die gierigste und aggressivste auf allen Kontinenten zeigt, die SU nicht als den gefährlichsten Feind des Friedens und der Unabhängigkeit der Länder und Nationen."

Nein, das tut die PAA mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze allerdings nicht. Denn sie hegt nicht wie die Vilar-Bande und ihre GRF-Kumpanen die Absicht, die andere, genauso gefährliche und aggressive Supermacht, den US-Imperialismus, zu verharmlosen und zu beschönigen. Und erst recht beabsichtigt die Partei der Arbeit Albaniens nicht, vor der amerikanischen Supermacht zu Kreuze zu kriechen, wie Vilar das tut, indem er die treuen Diener dieser Supermacht, die Soares und Eanes willig unterstützt, und wie die GRF das tut, wenn sie die US-Besatzertruppen vor dem Kampf der Werktätigen in Schutz nimmt. Nein, die PAA führt konsequent den Kampf gegen die eine wie die andere imperialistische Supermacht. Deshalb betonte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag: **„Die Supermächte stellen einzeln oder gemeinsam in gleichem Maß und auf gleicher Ebene den Hauptfeind des Sozialismus, der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen dar, die größte Kraft zur Verteidigung der Ausbeutungs- und Unterdrückungssysteme, die unmittelbare Gefahr, die die Menschheit in einen dritten Weltkrieg zu stürzen droht."**

Doch nicht genug damit, geht die Vilar-Bande in ihren Provokationen noch weiter. 1960, heißt es, sei Enver Hoxha gegen die Strömung geschwommen. Aber dann: „Heute scheint die Haltung Albaniens nicht die europäische Einheit und die Konzentration der Kräfte zu fördern, um die notwendige Barriere zu errichten gegen die Gefahr, die sich Jahr für Jahr, Monat für Monat nähert. Sollte das albanische Schiff jetzt mit der Strömung schwimmen?" Es ist schon eine unerhörte Provokation der Vilar und ihrer Kölner Gesinnungsfreunde, der PAA, die an der Spitze der marxistisch-leninistischen Weltbewegung den Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt hat und führt, vorzuwerfen, sie schwimme mit der revisionistischen Strömung.

Allerdings tritt die PAA für die europäische Einheit und die Konzentration der Kräfte ein; die Frage aber ist: für wessen Einheit, für die Konzentration welcher Kräfte! Die PAA unterstützt konsequent und mit aller Hingabe den Zusammenschluß des internationalen Proletariats, den engeren Zusammenschluß der wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien in Europa wie in der ganzen Welt, denn sie sind der Garant im Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und die internationale Großbourgeoisie, für die proletarische Weltrevolution. Aber das ist eben nicht die Einheit, die Vilar und seine GRF-Kumpanen wünschen und anstreben und deretwegen sie die Partei der Arbeit Albaniens angreifen und provozieren. Sie suchen und unterstützen die Einheit der Imperialisten gegen die Werktätigen Europas, die Einheit mit dem US-Imperialismus und vor allem die Einheit mit der eigenen Monopolbourgeoisie, die sie bei deren Expansionsbestrebungen unterstützen und gegen den Kampf der Werktätigen schützen wollen. Diesen Kurs des Verrats und der Kapitulation fährt das albanische Schiff allerdings nicht, sondern es hält am proletarisch-internationalistischen Kurs fest. Sein Kompaß schlägt konsequent nur in eine Richtung aus, die Richtung des Marxismus-Leninismus, der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats. Und Genosse Enver Hoxha hat als Steuermann stets diesen Kurs strikt befolgt.

Das provokatorische Geschrei der Vilar, Dias und ihrer Bande wie auch das der Kölner Gruppe Rote Fahne vermag die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze nicht zu treffen. Vielmehr zeigen diese Provokationen dieser Opportunisten, daß sie, die mit Händen und Füßen die Monopolbourgeoisie, den Imperialismus verteidigen, bereits voll und ganz in den Strudel des Revisionismus geraten sind. Die ehrlichen Genossen in der GRF sollten sich endgültig von diesem provokatorischen Kurs ihrer Führung, den „Brüdern" von Vilar und Dias, abwenden und einen rücksichtslosen und prinzipienfesten Kampf dagegen entfalten.

Entgegen der Presselüge von 'Isolationskurs'

Die VR Albanien hat Freunde in aller Welt

Der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens hat allen Hoffnungen der Bourgeoisie eine erneute Abfuhr erteilt. So greift die bürgerliche Presse zum Üblichen, zur Hetze gegen den Sozialismus, gegen die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze. Wenn sie vom „totalen Isolationskurs", von „radikaler Diktatur" von den „persönlichen Machtgelüsten" Enver Hoxhas spricht, dann bestätigt das nur, was Mao Tsetung so ausdrückte: „Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser, denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind eine klare Trennungslinie gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch glänzende Erfolge gezeitigt hat."

Die bürgerlichen Kommentatoren bleiben nicht bei der Schwarzmalerei, sie geben auch Ausblick auf ihre heißersehnten, spekulativen Zukunftsvisionen, z. B. ihr Hoffen, daß „die Tage dieser Führungsriege (gemeint sind Enver Hoxha und Mehmet Shehu) ... nun allmählich gezählt" seien, oder daß „nun auch die Bindung an China wegzufallen droht" und „Albanien völlig allein in der Welt steht."

Aber die sozialistische Volksrepublik Albanien steht absolut nicht allein auf der Welt. Genosse Enver sagte in seinem Rechenschaftsbericht: **„... wir leben in Freundschaft mit den um ihre Freiheit und ihre Rechte kämpfenden Völkern. Wir leben in Freundschaft mit den Völkern und den marxistisch-leninistischen Revolutionären. Mit den Kapitalisten und Revisionisten aber, die die Völker und die fortschrittlichen Ideen versklaven und abwürgen wollen, lebten wir in Feindschaft und werden es tun."**

Die Trennungslinie zum Imperialismus ist es, was die bürgerliche Presse mit „Rückfall in totalen Isolationismus", „Staat in Isolation", „Hodscha trieb Albanien in die Isolation" usw. kommentiert! Aus all den Zeilen spricht eins: Wie kann es „Albanien – der rote Zwerg" nur wagen, die Großen und Mächtigen der Welt dermaßen anzugreifen? Wie kann es wagen, dem aggressiven USA-Imperialismus, der ständig drohend die Peitsche schwingt, den Kampf anzusagen, „solange ihm auch nur ein einziger Zahn bleibt"; wagen, vor jeder Illusion in den russischen Sozialimperialismus zu warnen (der Albanien gerade die letzte Zeit vergeblich mit geladenen Zuckergeschossen bombardierte), da sie katastrophale Folgen hätte; wagen, die Nato und den Warschauer Pakt, die EWG und den RGW als durch und durch imperialistisch und reaktionär zu entlarven. Wie kann es wagen, die Imperialisten beim Namen zu nennen, ihnen den Kampf anzusagen, die Arbeiterklasse und die Völker der Welt zur Revolution gegen sie aufzurufen, – anstatt, wie sie es gerne sähen, selbst vor der einen oder anderen imperialistischen Macht zu kapitulieren, bzw. sich zum Schutz vor der einen unter den Schirm der anderen zu stellen.

Was die bürgerliche Presse „Isolationskurs" nennt, ist die standfeste Haltung der Partei der Arbeit Albaniens, ihr fester Klassenstandpunkt auf seiten des Weltproletariats gegen den Weltimperialismus. Es ist außerdem ihre große Wachsamkeit gegenüber allen offenen und versteckten Versuchen, in das sozialistische Albanien einzudringen, um die Diktatur des Proletariats zu stürzen.

Wenn die Imperialisten und Revisionisten Albanien „Öffnung" vorschlagen, so meinen sie ihre Kredite, die Albanien versklaven sollen, so meinen sie ihre Militärstützpunkte, die sie gern auf albanischem Boden errichten würden, so meinen sie ihre verkommene bürgerliche Kultur, die die sozialistische Kultur und Moral zersetzen soll.

Die „Isolation" von diesen Dingen ist allerdings keine neue Politik der Partei der Arbeit Albaniens. Enver Hoxha ging darauf schon am 3. 10. 74 in einer Rede an seine Wähler in Tirana ein: **„Von wem isolieren wir uns und was verstehen sie unter unserer Isolation? Was raten sie uns zu tun? Sie raten uns, uns nicht von den Imperialisten und Revisionisten zu isolieren, ihre Kredite anzunehmen und in unserem Land die Verbündeten derjenigen zu werden, die uns unterdrückt und uns das Blut ausgesaugt haben. Sie raten uns, aus unserem Land eine Herberge mit zwei offenen Türen zu machen, in das die Schweine und Säue mit oder ohne Hosen, mit Haaren, die auf die Schultern fallen, eintreten können, und in dem die Hippies sich ihren Tänzen hingeben können, um die schönen Tänze unseres Volkes zu verdrängen. Sie versuchen, die Leute bei uns zu korrumpieren, ihre Spionage-Nasen bei uns hereinzustecken, Putsche und Komplotte zu organisieren, sich der strategischen Punkte unseres Landes zu bemächtigen, Militärstützpunkte zu errichten, aus unserem Land eine Kolonie des Auslands und aus unserem freien Volk Sklaven zu machen."**

Was die Bourgeoisie so besonders am 7. Parteitag erbittert, ist der vollständige Sieg dieser Linie. Ist die für sie bittere Tatsache, daß ihre „Spionage-Nasen" in Albanien in den letzten Jahren ertappt, entlarvt und hinweggefegt wurden. Genau das ist der Punkt, wo sie über den „zugespitzten Klassenkampf" klagen, über die „schreckliche Diktatur", die für alle Arten von Agenten der Bourgeoisie keine Demokratie übrig hat. Allein der im Rechenschaftsbericht festgelegte und eingeschlagene Weg gegenüber den Feinden garantiert dem albanischen Volk seine Freiheit: „Die Partei und die Diktatur des Proletariats haben ihre eiserne Faust auf sie niedergeschlagen und sie auf den Misthaufen geschmissen, dorthin, wo alle Verräter an der Revolution gehören."

Was der Bourgeoisie ein empfindlicher Dorn im Auge, ist für uns die glänzende Bestätigung der marxistisch-leninistischen Lehren von der Notwendigkeit der weiteren Festigung der Diktatur des Proletariats, von der Richtigkeit des Aufbaus des Sozialismus „im Vertrauen auf die eigne Kraft".

Noch eins sei zum sogenannten „Isolationskurs" gesagt. Es ist keineswegs so, daß Albanien jegliche Beziehungen und jeglichen Handel zu anderen Staaten ablehnt. Im Gegenteil, es unternimmt große Anstrengungen, diese zum gegenseitigen Nutzen und im gegenseitigen Interesse zu festigen und auszuweiten. Allerdings nimmt es sich die Freiheit heraus, Beziehungen zu gewissen Staaten, „wo Faschisten und Rassisten an der Macht sind", abzulehnen, wie z. B. zu den USA, der Sowjetunion, Spanien und Israel. Und es läßt sich niemals, auch durch keine freundschaftlichen Beziehungen, den Mund verbieten, zur Weltpolitik, zur Politik des anderen Staates seine Meinung zu sagen, was jedem Staat, unabhängig ob groß oder klein, zugestanden werden muß.

Wie steht's mit der Bundesrepublik? Nach der Art getroffener Hunde wird in der bürgerlichen Presse über die folgenden „unerhörten Angriffe" aus dem Rechenschaftsbericht gebellt. **„Mit der Deutschen Bundesrepublik haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg ungelöst gebliebene Fragen. Dort sind die deutschen Revanchisten am Leben und in voller Aktivität. Ihre Politik ist expansionistisch mit hegemonistischen Tendenzen. Die Regierung in Bonn, die sich zwar als demokratische Regierung ausgibt, nimmt die Verbrechen des deutschen Faschismus in Schutz und unternimmt nicht den geringsten Versuch, die Reparationen für den Schaden zu bezahlen, den die deutsche Nazibarbarei Albanien und seinem Volk zugefügt hat."** Wir können uns dieser Entlarvung der westdeutschen Imperialisten nur anschließen und dem albanischen Volk versichern, daß wir nicht ruhen werden, bis die faschistischen Verbrechen bezahlt, gesühnt und mit dem Sturz des westdeutschen Imperialismus besiegelt sind.

Methoden des Lumpenjournalismus

Noch bevor die Gruppe Rote Fahne ihre Serie „Zur Kritik der ‚Grundsatzerklärung der KPD/ML'" abgeschlossen hatte, schien offenbar selbst den Redakteuren der „Rote Fahne"-Redaktion ihr Artikel politisch nicht überzeugend genug. Und wie schon oft, wenn die GRF vergeblich versucht, gegen die marxistisch-leninistische Linie der KPD/ML anzurennen, wurde das Register der persönlichen Diffamierung und Verleumdung vor allem gegen Genossen Ernst Aust, aber auch gegen andere Genossen der Partei gezogen.

Diese Methoden der GRF sind seit ihrer Gründung bereits bekannt. Nicht wenige ihrer Lügen und Diffamierungen hat die GRF-Führung dabei direkt von den heutigen D„K"P-Revisionisten übernommen oder vom trotzkistischen KB Nord, von Liquidatoren und parteifeindlichen Elementen, die diese oder jene Variante hinzufügten.

Aber offenbar mit all diesen nachgeplapperten Verleumdungen und Lügen nicht zufrieden, erfindet man in der GRF-Führung kurzerhand neue hinzu. So heißt es in der „Roten Fahne" Nr. 44/76 ganz nach Art des Lumpenjournalismus über Genossen Ernst Aust, den Vorsitzenden unserer Partei: „Er selbst hat die längste Zeit seines Lebens als Fallschirmjäger, Schauspieler und Redakteur gearbeitet. In der alten KPD hat er zwar gekämpft, aber auf der falschen Seite, für die Durchsetzung der revisionistischen Linie. Als er schließlich austrat, hat er dies getan, ohne vorher den Kampf zweier Linien geführt zu haben." Und weiter: „Schließlich war er nicht nur an einem Ausschluß von Genossen aus der alten KPD beteiligt, die sich gegen den Kurs der Parteiführung stellten."

Daß dies allein zum Zweck der Diffamierung des revolutionären Kampfes dient, den Genosse Ernst für den Zusammenschluß aller wahrhaften Marxisten-Leninisten gegen den modernen Revisionismus in der KPD geführt hat, zeigt schon die Widersprüchlichkeit der GRF-Behauptungen in sich. Einmal soll Genosse Ernst für die „Durchsetzung der revisionistischen Linie gekämpft" haben und andererseits zugleich den „Kampf zweier Linien nicht geführt" haben? Welch dummes Zeug!

Natürlich hat Genosse Ernst Aust nicht für, sondern gegen die revisionistische Linie gekämpft. Dafür ist doch wohl der offenste Beweis die Hetze, die die modernen Revisionisten selbst gegen ihn verbreiteten. Warum denn wohl hieß es im „Blinkfüer", Genosse Ernst Aust habe die Zeitung in ein Blatt der Kulturrevolution umfunktionieren wollen? Kurz darauf wurde er von der revisionistischen Zeitung „Freies Volk" wegen seines Kampfes gegen die revisionistische Entartung als „Spielball des Verfassungsschutzes" bezeichnet. Was zeigt wohl besser als die Hetze dieser Feinde des Marxismus-Leninismus, welchen Kampf Genosse Ernst in der KPD geführt hat?

Welch ausgemachte Lügen aber sind es angesichts dessen, wenn die GRF-Führung sich zu der ungeheuren Verleumdung versteigt, Genosse Ernst habe Genossen aus der KPD ausgeschlossen, die gegen den Kurs der KPD gekämpft hätten? Es mag durchaus sein, daß Genosse Ernst Aust während seiner Tätigkeit Elemente ausgeschlossen hat, die zur durch und durch reaktionären SPD sich hingezogen fühlten. Oder wollen die GRF-Führer etwa ernsthaft behaupten, Genosse Ernst habe einen Marxisten-Leninisten oder Revolutionär, der gegen die revisionistische Führung kämpfte, aus der KPD ausgeschlossen? Dann sollen sie doch mal Namen nennen!

Nicht anders ist das mit den Lügen über den Lebensweg des Genossen Ernst. Hätte er tatsächlich die längste Zeit seines Lebens als „Fallschirmjäger" oder Schauspieler gearbeitet – so müßte Genosse Ernst noch sehr jung sein. Denn Fallschirmjäger war er mit 17 oder 18 Jahren während des Krieges, und Schauspieler ist er Zeit seines Lebens nicht gewesen. Richtig ist, daß Genosse Ernst 1951 als revolutionärer Redakteur zu arbeiten begann. Aber sowohl in der Kriegsgefangenschaft bis 1948 als auch nach seiner Redakteurstätigkeit arbeitete er als einfacher Arbeiter.

Warum aber bringt die „Rote Fahne" all diese Verleumdungen aufs Tapet? Weil dort, wo politische Argumente fehlen, wo man ideologisch nicht kämpfen kann, Lügen und Verleumdungen herhalten müssen. Ebenso sind auch die Verleumdungen über andere Genossen der Partei einzuschätzen. Die GRF gibt vor, das ZK der KPD/ML zu kennen, indem sie diesen oder jenen, der hier oder dort für die Partei aufgetreten ist, sogleich zum ZK, zur Führung der Partei erklärt. Dabei hat sie sich wohlweislich Genossen mit solchen Berufen zusammengesucht, die ihnen am besten für ihre Argumentation geeignet zu sein schienen. Doch neben dieser willkürlichen Auswahl, die nicht einmal mit den Tatsachen übereinstimmt, ist dieses Vorgehen ein ganz direkter Versuch, die weitgehend konspirativ arbeitenden Leitungen unserer Partei gegenüber der Bourgeoisie aufdecken zu wollen. Das ist ein direkter Angriff auf die Partei im Dienst der Bourgeoisie, ist übelstes Denunziantentum.

Und es ist schon zynisch, wenn ausgerechnet diese Leute uns vorwerfen wollen, wir hätten die Gespräche zur Einheit der Marxisten-Leninisten abgebrochen. Erstens ist das nicht die Wahrheit. Zweitens aber muß in aller Klarheit betont werden: Mit Leuten, die sich solcher Methoden bedienen, haben Gespräche um die Einheit der Marxisten-Leninisten keinen Sinn; denn sie selbst wollen diese Einheit nicht im geringsten; solche Gespräche sollen ihnen höchstens dazu dienen, einen Nebelvorhang zu schaffen, hinter dem sich noch besser Spaltertätigkeit und opportunistische Zersetzungsarbeit in den Reihen der Revolution bewerkstelligen läßt.



Hoch lebe der 7. Parteitag der PAA















1.) Der Parteitag begann mit dem historischen Bericht des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, gehalten von Genossen Enver Hoxha. Bild: die Tribüne des Parteitages — vorne das Sekretariat, links die Leiter der ausländischen Delegationen, rechts das Präsidium des Parteitages. 2.) In 56 Diskussionsbeiträgen auf dem Parteitag bekundeten Delegierte aus allen Bereichen ihre vollständige Übereinstimmung mit dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, berichteten über die erzielten Erfolge in ihrem Bereich und die Aufgaben, die sie sich für den neuen Fünfjahrplan gestellt haben. Bild: Genosse Enver Hoxha und Genosse Mehmet Shehu mit zwei Delegierten. 3.) Die Delegierten des Parteitages. 4.) Genosse Enver Hoxha inmitten der Delegierten des Parteitages. Immer wieder suchte Genosse Enver Hoxha in den Pausen die Delegierten auf, sprach mit ihnen und ließ sich mit ihnen photographieren. 5.) Die jungen Pioniere begrüßten den Parteitag mit Gesang, Blumen und einem Stück, in dem sie ihre Liebe zur Partei der Arbeit und Genossen Enver Hoxha zum Ausdruck brachten und ihre Bereitschaft, die Partei nach Kräften zu unterstützen. 6.) Mit großer Anteilnahme verfolgte das gesamte albanische Volk den 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens, dessen Dokumente jedem Albaner durch „Zeri i Popullit", die in dieser Zeit mit einer höheren Auflage erschien, über Radio- und Fernsehübertragungen zugänglich gemacht wurden. 7.) Über 100 000 Menschen nahmen am 8. November an einer Kundgebung zu Ehren des 35. Jahrestages der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens teil, auf der Genosse Mehmet Shehu und Vertreter der ausländischen Delegationen das Wort ergriffen. Auf dem Transparent heißt es: „Es lebe der 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens."

Schlusswort des Genossen Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Am Vormittag des 7. November fand inmitten eines großen und unbeschreiblichen revolutionären Enthusiasmus die Schlußsitzung des 7. Parteitags der Partei der Arbeit Albaniens statt. Die Sitzung wurde von Genossen Enver Hoxha geleitet. Der Delegierte Xhemal Brigathi teilte dem Parteitag im Auftrag der Stimmauszählungskommission das Stimmergebnis der Wahl zum Plenum des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens und zur Zentralen Kontroll- und Revisionskommission der Partei mit. Das neue Zentralkomitee der Partei trat zu seiner ersten Tagung zusammen, um das Politbüro des Zentralkomitees der Partei und das Sekretariat des Zentralkomitees zu wählen. In das Politbüro wurden als Mitglieder folgende Genossen gewählt: Enver Hoxha, Adil Carcani, Haki Toska, Hekuran Isaj, Hysni Kapo, Kadri Hazbiu, Manush Myftiu, Mehmet Shehu, Pali Miska, Ramiz Alia, Rita Marko und Spiro Koleka. Als Kandidaten des Politbüros wurden gewählt: Lenka Cuko, Llambi Gegprifti, Pilo Peristeri, Qirjaku Mihali und Simon Stefani. In das Sekretariat des Zentralkomitees wurden folgende Genossen gewählt: Enver Hoxha, Hekuran Isaj, Hysni Kapo, Ramiz Alia und Prokop Murra. Als Erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens wurde Genosse Enver Hoxha gewählt. Die Zentrale Kontroll- und Revisionskommission der Partei wählte als ihren Vorsitzenden Genossen Pilo Peristeri. Die Mitteilung der Zusammensetzung der führenden Organe der Partei wurde mit stürmischem Beifall und flammenden, langanhaltenden Hochrufen auf die Partei der Arbeit und Genossen Enver Hoxha aufgenommen.

In seinem Schlußwort des Parteitages sagte Genosse Enver Hoxha unter anderem: „Erlaubt mir, im Namen aller Genossen, die Ihr in das Zentralkomitee gewählt habt, der Partei und dem ganzen Volk zu versichern, daß die neue Führung unermüdlich und der Sache des Sozialismus in Albanien, der Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes treu und ergeben kämpfen und arbeiten wird, daß sie stets ihrer großen Mission gerecht werden wird und dem Marxismus-Leninismus unerschütterlich treu bleiben wird.

Der Verlauf des Parteitages und die Wahl der führenden Organe der Partei legten erneut Zeugnis ab von den revolutionären kommunistischen Merkmalen, die unsere Partei kennzeichnen, von ihrer Treue zum Marxismus-Leninismus, auf den sich die Partei stützte und stützt, um mit sicherer Hand den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in Albanien zu führen, um die Hindernisse aus dem Weg zu räumen und die Schwierigkeiten zu überwinden, auf die unser Land bei seinem siegreichen Vormarsch gestoßen ist, um dem Volk eine glückliche und leuchtende Zukunft zu garantieren.

Der 7. Parteitag ist ein neuer glänzender Ausdruck der Einheit der Reihen der Partei, ihrer zuverlässigen revolutionären Geschlossenheit, die die unbezwingbare Waffe in allen großen Klassenschlachten gegen die inneren und äußeren Feinde war. Aus diesem Parteitag gingen wir in noch stärkerer Einheit hervor. Das ist eine weitere Garantie dafür, daß die Feinde in unserer Partei niemals Risse finden.

Während dieser Tage ergriffen viele Delegierte auf dem Parteitag das Wort. Sie vertraten breit die ganze Partei und alle Sektoren. Mit ihren wohlüberlegten und eingehenden Diskussionsbeiträgen leisteten sie einen wertvollen Beitrag, um die Analysen weiter zu vertiefen und die Aufgaben, die jetzt vor die Partei treten, noch besser zu klären. Ihre Diskussionsbeiträge waren Ausdruck der Entschlossenheit der Mitglieder unserer Partei und unseres ganzen Volkes, die kommunistischen Ideale stets voranzutreiben, für die unsere heroische Partei heldenhaft und unbeugsam gekämpft hat. Es ist ein Zeugnis der Stärke der Partei, ein Beweis, daß sie in ihren Händen die unbesiegbare Waffe des Marxismus-Leninismus hat, die ihr dabei hilft, keinen Fehler zu begehen und immer größere Siege zu erringen.

Die Beschlüsse, die der Parteitag faßte, werden ebenso wie die der früheren Parteitage eine weitere neue glänzende Seite in der ruhmreichen Geschichte des Aufbaus des Sozialismus in Albanien und des entschlossenen Kampfes sein, den sie für den Sieg des Marxismus-Leninismus und der Sache des Kommunismus führt.

Jetzt steht vor der Partei und dem Volk ein großes Arbeits- und Kampfprogramm. In den Dokumenten, die unser Parteitag gebilligt hat, sind alle Aufgaben und Ziele, die im kommenden Jahrfünft erreicht werden müssen, klar und konkret niedergelegt. Ihre Verwirklichung wird unsere Wirtschaft noch mehr verstärken, die Verteidigung des Vaterlandes noch mehr festigen, die Kultur auf eine höhere Stufe heben und das Leben des Volkes noch mehr verbessern. Deshalb laßt uns alle Kräfte mobilisieren, um den 6. Fünfjahrplan zu realisieren.



Einstimmig stimmten die Delegierten des Parteitages dem Beschluß über die Annahme des Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees, vorgetragen von Genossen Enver Hoxha, und dem Bericht des Genossen Mehmet Shehu zu. Ebenfalls einstimmig wurden später die Mitglieder und Kandidaten des neuen Zentralkomitees gewählt.

Die erzielten Erfolge, die Fortführung des Klassenkampfes auf dem korrekten Weg, die revolutionäre Entschlossenheit und der hohe Patriotismus unseres Volkes, die reife und reiche revolutionäre Erfahrung der Partei, ihre korrekte marxistisch-leninistische Linie lassen uns mit unerschütterlicher Zuversicht sagen, daß die neuen Ziele und Aufgaben, die dieser Parteitag festlegt, erreicht und auf allen Gebieten erfolgreich erfüllt werden. Deshalb laßt uns wie bisher an nichts sparen, um unsere heroische Partei, die sichere und erprobte Führerin unseres Volkes, weiter zu festigen und zu stählen, unaufhörlich den Marxismus-Leninismus, die unbesiegbare Wissenschaft des Proletariats zu studieren, uns immer mehr die reiche Erfahrung unserer Volksrevolution und des Aufbaus des Sozialismus anzueignen und zu benutzen und noch mehr die Einheit des Volkes um die Partei und die Diktatur des Proletariats zu festigen, die unbezwingbaren Waffen für den erfolgreichen Aufbau des Sozialismus und die Verteidigung des Vaterlandes.

Auf unserem Parteitag", fuhr Genosse Enver Hoxha fort, „nahm eine große Zahl Vertreter von marxistisch-leninistischen Bruderparteien aller Kontinente teil. Das ist für unsere Partei eine große Ehre. Erlaubt mir, daß ich in Eurem Namen, im Namen der Partei und des ganzen Volkes unseren geliebten Freunden und Genossen für die flammenden Grüße, die sie uns überbrachten, und für die warmen Worte, die sie an unsere Partei richteten, aus ganzem Herzen danke; daß ich der Kommunistischen Partei Chinas für die brüderliche Grußbotschaft danke, die sie unserem Parteitag übersandte.

Die Unterstützung, die die marxistisch-leninistischen Bruderparteien den Anstrengungen unserer Partei für den Aufbau des Sozialismus gewähren, die Hochschätzung, mit der sie ihren Kampf gegen den Imperialismus mit dem amerikanischen an der Spitze, gegen den Sozialimperialismus mit dem sowjetischen an der Spitze, gegen den modernen Revisionismus und die Reaktion würdigen, sind für uns eine große revolutionäre Ermutigung und sehr wertvoll. Wir versichern unseren Kampfgenossen, den Marxisten-Leninisten überall in der Welt, daß ihre Bruderpartei, die Partei der Arbeit, die albanischen Kommunisten und das albanische Volk stets auf ihrem Weg der Revolution und des Sozialismus voranschreiten werden, daß sie sich von keinerlei Drohung, wie schrecklich sie auch sei, niederzwingen lassen werden. Unsere Partei wird unbeugsam kämpfen und stets Schulter an Schulter mit den marxistisch-leninistischen Parteien und den wahrhaften Revolutionären in den Klassenschlachten stehen, und gemeinsam werden wir die Feinde niederringen und über sie siegen, denn alle lassen wir uns vom Marxismus-Leninismus und vom proletarischen Internationalismus leiten.

Die Kampfeinheit und proletarische internationalistische Solidarität der Marxisten-Leninisten waren und sind unserer Partei sehr teuer. Wir werden keine Anstrengungen scheuen, um sie unentwegt zu festigen, und wir sind sicher, daß wir so unsere internationalistische Pflicht erfüllen. Unsere Partei wird niemals den Kampf gegen die Komplotte und aggressiven Pläne der beiden Supermächte, gegen die Bourgeoisie und den Revisionismus, ihren entschlossenen Kampf für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus, für den Sieg des Kommunismus einstellen.

Vorwärts", rief Genosse Enver Hoxha auf, „um die Beschlüsse des 7. Parteitags möglichst schnell und möglichst gut in die Tat umzusetzen, um neue Siege zu erringen auf dem leuchtenden Weg, auf dem uns unsere teure Partei führt. Es lebe die Partei der Arbeit, die unbezwingbare Führerin der in Gegenwart und Zukunft erzielten Siege des sozialistischen Albanien! Es lebe unser herrliches und heroisches Volk! Es lebe der proletarische Internationalismus! Ruhm dem Marxismus-Leninismus! Ich erkläre den 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens für geschlossen."

Das Schlußwort des Genossen Enver Hoxha wurde häufig von starkem Beifall und flammenden Hochrufen auf die Partei der Arbeit Albaniens, auf Genossen Enver Hoxha, auf den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus unterbrochen.

Abschließend sangen die Delegierten und alle Anwesenden stehend die Internationale. Dann faßten sich Genosse Enver Hoxha und die Mitglieder des Politbüros des Zentralkomitees der Partei an den Händen und grüßten die Parteitagsdelegierten. Genosse Enver Hoxha tritt unter die Vertreter der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, spricht mit ihnen und gemeinsam mit den anderen Führern der Partei fassen sie sich an den Händen und heben sie in die Höhe. Die Delegierten brechen in Beifall und Hochrufe auf den Marxismus-Leninismus und den proletarischen Internationalismus aus.

Vor dem Kulturpalast, in dem der Parteitag stattfand, stellen sich die Delegierten gemeinsam mit dem geliebten Führer der Partei und des Volkes auf, um sich fotografieren zu lassen. Gleichzeitig hatten sich um den ganzen Skanderbeg-Platz Tausende und Abertausende Menschen, Werktätige der Hauptstadt, eingefunden, die ebenso wie das ganze Volk aufmerksam den Verlauf des Parteitages verfolgt haben. Sie klatschten Beifall und brachen in begeisterte Hochrufe auf die Partei und Genossen Enver Hoxha aus. Genosse Enver Hoxha begrüßte das Volk mit erhobener Faust und rief: „Es lebe die Partei! Es lebe das Volk!"

Eindrücke vom 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

Wer Anfang November einen Betrieb in Albanien besuchte, der fand ihn festlich geschmückt mit Girlanden, Transparenten und Parolen. Der Grund? Die Arbeiterklasse Albaniens feierte den Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens. Genauso wie das gesamte albanische Volk. Bereits seit Monaten sind die Erwartungen aller albanischen Werktätigen auf die erste Novemberwoche gerichtet, in der die Partei der Arbeit ihren 7. Parteitag durchführen wird. Denn der Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens ist nicht nur für die albanischen Kommunisten, sondern für die ganze Arbeiterklasse und alle anderen Werktätigen Albaniens ein historisches Ereignis.

Und nicht nur für sie, muß man hinzufügen. Die Blicke der Kommunisten und Revolutionäre der ganzen Welt waren in diesen Tagen auf Tirana, die Stätte des 7. Parteitages gerichtet, die Proletarier aller Länder und die revolutionären Völker hörten auf die Stimme und das Wort der Partei der Arbeit Albaniens. Großartiger Ausdruck der Achtung, die Albanien und die Partei der Arbeit heute in der Welt genießt, war die Teilnahme von zahlreichen Delegationen von marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen an diesem Parteitag. Sie demonstrierten, wie Genosse Ernst Aust, der Leiter der Delegation unserer Partei in seiner Grußadresse auf dem Parteitag sagte, daß Albanien heute nicht nur ein Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa, sondern in der ganzen Welt ist.

Wir, die Delegation des „Roten Morgen“, die von „Zeri i Popullit“, dem Zentralorgan der Partei der Arbeit eingeladen worden war, hatten die Möglichkeit, am Parteitag und den Feiern zum 35. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit teilzunehmen. Von der ersten bis zur letzten Minute unseres Aufenthaltes in Albanien spürten wir überall die brüderliche Verbundenheit, die die albanischen Kommunisten mit den marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen in der ganzen Welt empfinden. Die albanischen Kommunisten und das albanische Volk lieben ihre Partei, aber sie achten genauso alle anderen marxistisch-leninistischen Parteien, die in ihrem Land an der Spitze des Kampfes gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Reaktion und Revisionismus stehen und kämpfen mit ihnen Schulter an Schulter. Ein Ausdruck dieser konsequenten Verwirklichung des proletarischen Internationalismus durch die Partei der Arbeit Albaniens ist die Einladung der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen zu ihrem Parteitag und den Feiern zum 35. Jahrestag der Gründung der PAA, ist die Tatsache, daß sie ihnen dort alle Ehre erwies und ihnen dort das Wort erteilte.

„Die Einheit der Partei ist eine kämpferische Einheit, eine Aktionseinheit, eine Einheit der Revolutionäre.“ – Enver Hoxha

Was waren unsere wichtigsten Eindrücke von diesem Parteitag? Am meisten beeindruckte uns die stählerne Einheit und Geschlossenheit der gesamten Partei, die wir auf diesem Parteitag von der ersten bis zur letzten Sitzung spürten. Die Partei stand wie ein Mann hinter dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Partei der Arbeit, vorgetragen durch Genossen Enver Hoxha. Und jeder, der miterlebt hat, mit welchem Enthusiasmus und mit welcher Liebe die Delegierten immer wieder Genossen Enver Hoxha und das Politbüro begrüßten, mit welch revolutionärer Begeisterung sie dem Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha folgten, mit welch kämpferischem Geist sie gerade dann applaudierten und Parolen riefen, wenn Genosse Enver Hoxha davon sprach, daß alle Feinde, die es wagen sollten, in Albanien einzudringen, der Tod erwartet – der ist sicher, daß jeder dieser Delegierten bereit ist, seine sozialistische Heimat mit dem Gewehr in der Hand zu verteidigen und für die Sache des Sozialismus sein Leben zu geben.

Diese Einheit und Geschlossenheit der Partei, die sich hier auf dem Parteitag dokumentierte, wurde im Kampf geschmiedet und gestählt. Nicht nur im Feuer des Befreiungskampfes, sondern auch im Klassenkampf unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats. Sei es im Sieg über die parteifeindlichen Gruppierungen, deren finsterer Plan es war, die Diktatur des Proletariats in Albanien zu stürzen; sei es im Kampf gegen die revisionistisch-imperialistische Einkreisung an der politisch-ideologischen, der wirtschaftlichen und militärischen Front usw. An all diesen Fronten errang die Partei der Arbeit große Siege, die Partei konnte weiter revolutioniert, ihre führende Rolle weiter gestärkt, die Diktatur des Proletariats weiter gefestigt, die sozialistische Demokratie tiefer verankert werden. Alle diese Erfolge wurden im Bericht des Genossen Enver Hoxha und auch im Bericht des Genossen Mehmet Shehu gewürdigt und riefen große Begeisterung unter den Delegierten hervor. Aber keinen Deut geringer war der revolutionäre Enthusiasmus da, wo nicht gelobt, sondern kritisiert wurde, wo das Zentralkomitee in seinem Bericht schonungslos die Mängel, Schwächen und Fehler in der Parteiarbeit anprangerte, wo nicht auf die Erfolge der vergangenen fünf Jahre eingegangen, sondern die Aufgaben für die Zukunft gestellt und von jedem Kommunisten die vollständige Erfüllung dieser Aufgaben verlangt wurde.

Von diesem kämpferischen Geist waren auch die Diskussionsbeiträge der Delegierten geprägt. Alle Diskussionsredner brachten ihre vollständige Übereinstimmung mit dem Bericht des Zentralkomitees zum Ausdruck. Beeindruckend war der tiefe Ernst, mit dem die Delegierten aus den Betrieben, aus den Genossenschaften vor dem Parteitag Rechenschaft ablegten. Alle diese Delegierten kamen mit vollen Händen zum Parteitag, konnten über erfüllte und übererfüllte Pläne berichten. Die verschiedenen Berichte der Delegierten ließen das Bild eines großen politischen Kampfes vor dem Parteitag entstehen, den jeder albanische Kommunist an seinem Platz geführt hatte, um im Kampf gegen fremde Einflüsse, gegen Erscheinungen von Liberalismus und Bürokratismus die Aufgaben, die die Partei gestellt hatte, zu erfüllen und überzuerfüllen. Gab es in diesem Kampf – trotz der erfüllten Pläne – Mängel, so wurden sie vor dem Parteitag offengelegt, wurde gezeigt, wie der Kampf dagegen geführt wurde. Keiner der Delegierten beendete seinen Diskussionsbeitrag, ohne zu betonen, daß das Unterpfand aller errungenen Siege und Erfolge die weise Führung durch die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze ist; alle gaben dem Parteitag das Versprechen, die neuen Aufgaben noch besser zu erfüllen.

„Die Linie der Partei ist nie nur ihre Linie geblieben, sondern sie ist zur Linie der Massen geworden.“ – Enver Hoxha

Nicht weniger beeindruckend als die Einheit und Geschlossenheit der Partei ist die Einheit der Partei mit dem Volk. Diese Einheit dokumentierte sich in zahllosen Briefen und Telegrammen, die an den Parteitag gesandt und dort teilweise verlesen wurden. Sie zeigte sich in der Begeisterung, mit der die Werktätigen Albaniens diesen Parteitag verfolgten. Darin, wie Hunderte und Tausende von Menschen jeden Tag von früh bis spät vor dem Kulturpalast in Tirana, in dem der Parteitag stattfand, trotz strömenden Regens die Übertragungen vom Parteitag verfolgten, wie die Menschen in ganz Albanien morgens in langen Schlangen vor den Kiosken standen, um in „Zeri i Popullit“, das in diesen Tagen mit erhöhter Auflage erschien, die Dokumente des Parteitages zu studieren usw. Am klarsten und entschiedensten aber zeigte sich diese Einheit von Partei und Volk auf dem Parteitag selbst – im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees, im Bericht des Genossen Mehmet Shehu über die Erfüllung des letzten Fünfjahrplans und in den Berichten der einzelnen Delegierten. Denn alle Erfolge, über die auf dem Parteitag berichtet wurde, hätten nicht errungen werden können ohne diese stählerne Einheit zwischen Partei und Volk, ohne das Vertrauen der Massen in die Partei, ohne ihr Bewußtsein über die Bedeutung der gestellten Aufgaben, ohne ihre Arbeit und ihre revolutionäre Haltung.



Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, hält die Grußadresse des Zentralkomitees der KPD/ML zum 7. Parteitag der PAA und zum 35. Jahrestag ihrer Gründung, die begeistert und mit viel Beifall von den albanischen Kommunisten und den ausländischen Delegationen begrüßt wird.

Wie tief die Losungen der Partei in den Massen verankert sind, dafür gaben auch die Jungen Pioniere, die den Parteitag mit Blumen, Liedern und Gedichten begrüßten, ein eindrucksvolles Beispiel. In einem Stück, in dem die Jungen Pioniere ihre Liebe zur Partei und zu Genossen Enver Hoxha ausdrückten, sagte ein kleines Mädchen sinngemäß: Wir Jungen Pioniere lieben unsere Hauptstadt Tirana. Aber wir müssen Euch sagen, wenn wir groß sind, werden wir Euch verlassen und aufs Land gehen, wenn die Partei das will. Und diese Kinder werden die Losung der Partei „Die Landwirtschaft – Sache des ganzen Volkes“ auch in die Tat umsetzen, so wie es heute Tausende von Jugendlichen tun, die von der Stadt aufs Land gehen, um dort den sozialistischen Aufbau zu unterstützen.

Die PAA vergißt nie die heldenhaften Partisanen, die ihr Blut für Albaniens Freiheit gaben

Albanien ist heute ein sozialistisches Land, in dem die Arbeiterklasse an der Macht ist und die Diktatur des Proletariats immer weiter gefestigt wird. Beim sozialistischen Aufbau wurden große Erfolge errungen. Das Jahr des 7. Parteitages ist das Jahr, in dem Albanien in Befolgung des Prinzips der Partei „Sich auf die eigenen Kräfte stützen“ als eines der wenigen Länder der Welt die Selbstversorgung mit Brotgetreide erreicht und den ersten albanischen Stahl hergestellt hat. Das sozialistische Albanien ist geachtet in der ganzen Welt, ein Bollwerk der Weltrevolution, das die revolutionären Völker lieben und die Imperialisten fürchten. Die Partei der Arbeit ist eine ruhmreiche Partei, deren Wort in der ganzen Welt aufmerksam gehört wird. Die Partei der Arbeit und das albanische Volk können stolz sein auf ihre Siege – und sie sind es auch. Aber sie werden niemals vergessen, daß diese Siege durch harten Kampf und durch die heroischen Opfer von Tausenden von albanischen Patrioten und Kommunisten errungen wurden. Es ist deshalb eine Tradition, daß die Parteitage der Partei der Arbeit Albaniens am Vorabend des Jahrestags der Gründung der Partei stattfinden, daß sie verbunden werden mit der Würdigung dieser historischen Wende in der Geschichte des albanischen Volkes und mit dem Gedenken an die 28 000 Partisanen, die ihr Blut für die Befreiung ihres Volkes gaben. An diesem Tag besuchen Genosse Enver Hoxha und andere führende Genossen der Partei das Haus in Tirana, in dem die Partei gegründet wurde und legen auf dem Partisanenfriedhof in Tirana Kränze nieder. Auch alle ausländischen Delegationen gedachten auf dem Partisanenfriedhof der gefallenen Helden des Volkes.

Manifestation des proletarischen Internationalismus

Bereits auf dem Empfang der ausländischen Delegationen vor Beginn des Parteitages hatte Genosse Enver Hoxha die große Bedeutung betont, die die Partei der Arbeit der Verwirklichung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus beimißt. Der Bericht des Genossen Enver Hoxha und der gesamte Parteitag boten ein überwältigendes Beispiel für die Prinzipienfestigkeit, für die Entschlossenheit und für den revolutionären Enthusiasmus, mit der die Partei der Arbeit Albaniens den Kampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker und Nationen gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Revisionismus und Reaktion unterstützt, mit der sie für die Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus kämpft.

Diese Bedeutung, die die PAA dem proletarischen Internationalismus beimißt, drückte sich auch in dem Gewicht aus, das die Grußadressen der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen auf diesem Parteitag hatten, zeigte sich in der Aufmerksamkeit und der revolutionären Begeisterung, mit der ihre Worte gehört wurden und in dem wahren Beifallssturm, der jedes Mal entbrannte, wenn Genosse Enver Hoxha die Vertreter der ausländischen Parteien umarmte und ihnen Erfolg in ihrem weiteren Kampf wünschte. Dieser Geist des proletarischen Internationalismus bestimmte auch den Abschluß des Parteitages, als Genosse Enver Hoxha sich unter die Vertreter der ausländischen Parteien einreihte und mit ihnen gemeinsam den Parteitag grüßte. Zu einer machtvollen Demonstration des proletarischen Internationalismus wurde auch die Kundgebung in Tirana am 8. November, zu der mehr als hunderttausend Menschen kamen, um den Abschluß des Parteitages und den 35. Jahrestag der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens zu feiern. Unter großem Beifall ergriffen dort nach einer Rede des Genossen Mehmet Shehu auch Vertreter ausländischer Delegationen das Wort.

Es war eine wichtige Erfahrung für uns deutsche Kommunisten, die Stärke der Kampfverbundenheit mit der Partei der Arbeit Albaniens, aber auch mit anderen marxistisch-leninistischen Parteien in der ganzen Welt zu erleben. Was die marxistisch-leninistischen Parteien über die Ländergrenzen hinweg vereint, ist ihr Kampf gegen den gemeinsamen Feind, gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Revisionismus und Reaktion, ist die gemeinsame Basis, auf der sie ihre revolutionäre Strategie und Taktik entwickeln, der Marxismus-Leninismus, ist das gemeinsame Ziel, der Kampf für den endgültigen Sieg der Sache der Arbeiterklasse, des Kommunismus.

Das sozialistische Albanien unter der Führung der Partei der Arbeit ist ein Leuchtfeuer des Sozialismus auf diesem Weg, das für alle noch um ihre Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfenden Proletarier und revolutionäre Völker eine große Ermutigung bedeutet. Für diesen unseren Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland haben uns alle albanischen Genossen beim Abschied allen Erfolg gewünscht.

Bewaffneter Aufstand - einziger Weg zum Ziel



Lenin, der große Führer der Oktoberrevolution

In der Nacht vom 7. auf den 8. November 1917 wurde mit dem Sturm auf den Winterpalast der vollständige Sieg der Oktoberrevolution errungen. Im Bündnis mit den anderen Werktätigen, vor allem mit den werktätigen Bauern, hatte das russische Proletariat unter der Führung der bolschewistischen Partei Lenins den bürgerlichen Staatsapparat vollständig zerschlagen, der einzige Weg zur Errichtung der Sowjetmacht. Die deutsche Arbeiterklasse, die ein Jahr später kurz vor der Eroberung der Macht stand, konnte ihr Ziel jedoch nicht erreichen, weil ihr damals der organisierte Vortrupp, die Kommunistische Partei,fehlte.



Bewaffnete revolutionäre Arbeiter und Soldaten in der Novemberrevolution

Manöverterror in Angeln

Im Oktober wurde ein mehrwöchiges Nato-Manöver in Angeln (Schleswig-Holstein) durchgeführt. Offiziell wurde das Aufhalten und Zurückdrängen der „Roten" über die Schlei geübt. In Wirklichkeit ging es aber nicht um Verteidigung, sondern um Angriff und Eindringen in fremdes Land. Die Bevölkerung mußte vielfach um ihr Leben fürchten, es entstand erheblicher Sach- und Flurschaden.

So fuhr zum Beispiel ein Fahrzeug in ein Bauernhaus, ein Panzer stieß mit seiner Kanone durch das Heckfenster eines vollbesetzten Schulbusses. Es war ein Wagnis, die Straßen zu benutzen. Sie waren total verschmutzt, kaputtgefahren, Leitplanken und Straßenbegrenzungen niedergewalzt. Panzer und andere Militärfahrzeuge fuhren fast unbeleuchtet und zum Teil mit hoher Geschwindigkeit durch Ortschaften, kamen unerwartet von Feldern oder hinter Knicks hervor. Am Ende des Manövers gab es eigentlich kein Feld, egal ob abzuerntende Rüben, frische Wintersaat oder Wiesen, in die nicht tiefe Panzerspuren hineingewühlt waren.

Wertvolle Dränagen wurden zerstört; Vieh, das nicht in die Ställe getrieben worden war, durchbrach in panischer Angst Zäune, ertrank in der Au oder wurde überfahren; von Feldern wurde zum Teil der Mutterboden abgetragen, so daß dort über Jahre kaum etwas wächst. Panzer und Wagenkolonnen waren durch Knicks gebrochen. Diese lebenswichtigen Busch- und Baumbepflanzungen schützen die Äcker vor der Versandung und im Winter die Straßen vor Schneeverwehungen. Sehr empört waren viele Bewohner der umliegenden Dörfer darüber, daß Panzer eine Brücke befuhren, die für den Verkehr nur bis 12 t zugelassen ist.

Der entstandene Schaden ist groß und die staatliche Entschädigung, die den Bauern gezahlt wird, ist ein Hohn. So werden zum Beispiel die Panzerspuren ausgemessen, aber der neu zu bearbeitende Boden ist um etliches größer. Außerdem wachsen zerstörte Rüben nicht mehr nach und stattdessen muß das viele teurere Kraftfutter gekauft werden.

Die Empörung unter der Bevölkerung ist groß. Bauern stellten ihre Scheunen zur Verfügung für Parolen gegen das Manöver und den imperialistischen Krieg. Es fällt der Bourgeoisie immer schwerer, ihre Armee, die rücksichtslos gegen die Bevölkerung vorgeht, als Verteidiger der Interessen des Volkes hinzustellen.

Mit MG's Jagd auf Verkehrssünder

Wer am 5. November zwischen 16 und 21 Uhr das Stadtgebiet von Essen mit dem Auto verlassen wollte, wurde von schwerbewaffneter Polizei „aufgebracht". Auf einen Schlag waren um 16 Uhr alle Ausfall- und Hauptverkehrsstraßen abgeriegelt. „An den bis an die Zähne bewaffneten Beamten kam niemand vorbei", schreibt die „Westdeutsche Allgemeine" am nächsten Tag. „Kontrolliert wurde jeder und alles (. . .) überprüft wurden Fahrer und Insassen (. . .) Kofferräume wurden systematisch durchgeforstet".

Von der Polizei wurde die Großrazzia als Aktion gegen „Straßenkriminalität und Trunkenheit" hingestellt. Als beabsichtigter Nebeneffekt wurde angegeben: möglichst praxisnahe Ausbildung junger Polizeibeamter.

Worum es der Polizei bei solchen Einsätzen wirklich geht, liegt auf der Hand. Seit Jahren werden im Ruhrgebiet Übungen zur „Terroristenbekämpfung" abgehalten. So z. B. die „Aktion Ruhrschiene", bei der alle Auf- und Abfahrten der Bundesstraße 1 (Hauptverkehrsachse Ost-West durch das Ruhrgebiet) abgeriegelt und kontrolliert wurden. Und daß die Polizei bei derartigen Anlässen nicht zum Spaß schwerbewaffnet ist, beweisen die vielen von Polizeikugeln auf offener Straße Niedergestreckten, z. B. Verkehrssünder oder mutmaßliche Angehörige von sogenannten kriminellen Vereinigungen. Seit Mitte des Jahres sind solche Erschießungen durch die Polizei sogar per Gesetz („gezielter Todesschuß") gedeckt.

Mit derartigen Bürgerkriegsübungen sollen hauptsächlich zwei Ziele verfolgt werden: Vorbereitungen der Polizei auf den „Ernstfall" sowie Einschüchterung und Gewöhnung der Bevölkerung an bewaffnete Polizeieinsätze.



Reifenkontrolle mit MG

Veranstaltungen zum 7. Parteitag und 35. Gründungstag der PAA

Veranstaltungen der KPD/ML

Münster
Freitag, den 19. 11. um 20.00 Uhr in der Gaststätte „Eintopf", Frauenstr.

Bielefeld/Quelle
Freitag, den 19. 11. um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Sprungmann"

Köln-Kalk
Freitag, den 19. 11. um 19.00 Uhr in der Gaststätte „Hammer", Wiersbergstr./Kantstr.

Würzburg
Freitag, den 19. 11. um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Bei Theo", Grombühlstr.
„Albanien – Leuchtfeuer des Sozialismus für die Werktätigen in Europa und in aller Welt"

Oberhausen
Samstag, den 20. 11. um 16.00 Uhr in der Gaststätte „Haus Rueter", Essener Str.

Berlin-Moabit
Samstag, den 20.11. um 16.00 Uhr in der Gaststätte „Bei Johnny", Altmoabit 72

Heide
Dienstag, den 23. 11. um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Heider Hof"

Freiburg
Freitag, den 26. 11. um 20.00 Uhr im Gasthaus „Deutscher Adler", Basler Str 10

Düsseldorf
Freitag den 26. 11. um 18.00 Uhr in der Gaststätte „Datzweiler Alt", Kölnerstr 45

Berlin-Neukölln
Sonntag, den 28. 11. um 15.00 Uhr im Gesellschaftshaus Neukölln, Karl-Marx-str. 131

Weitere Veranstaltungen der KPD/ML

Müden/Dieckhorst (Aller)
Samstag, den 27. 11. um 16.00 Uhr in der Gaststätte „Zum grünen Kranze"
„Was will die KPD/ML"

Hannover
Samstag, den 27. 11. um 17.00 Uhr im Freizeitheim Linden
Revolutionärer Filmabend „Ernst Thälmann, Sohn seiner Klasse"

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Dortmund-Mitte
Donnerstag, den 9. 12. um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Zum Landsknecht", Kaiserstr. 202. (Ab 17.00 Uhr Fotoausstellung über das albanische Gesundheitswesen.)

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

**Verlag G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30**

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di bis Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten:Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.